

Playas, während auf der Seite Córdoba, südlich des Einflussbereichs der Friedensgemeinde unterhalb des Stausees Urrá am Flusslauf des Río Sinu, ebenfalls ein Emberá Katío ‚Resguardo‘ liegt. Wie für viele Konfliktzonen in Kolumbien ist auch für diese Zone charakteristisch, dass ihre Bevölkerungszusammensetzung und -größe in den vergangenen 50 Jahren der anhaltenden politischen Gewalt von großen Schwankungen, Fluktuationen und Transitionen betroffen ist (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 41). Einerseits verlassen Menschen die Zone auf Grund der bewaffneten Auseinandersetzungen und gewaltsamen Vertreibungen, andererseits werden Menschen bspw. von den Möglichkeiten der legalen und illegalen Ökonomien angezogen, wie auch die im folgenden Abschnitt skizzierte Geschichte der Region zeigen wird.

2.2. Historische Einordnung: Eine regionale Konfliktgeschichte Urabás

Die Geschichte des Golfs von Urabá ist unglaublich. Mit der größten Flotte, die sie in der frühen Conquista ausgesandt haben, kamen hier im 16. Jhd. die Spanier an. Mit ihr zusammen schickten sie eine spanische Stadt, die sie in den Dschungel bauten, damit sie die große Hauptstadt eines Kontinents werde, den die Spanier noch gar nicht kannten. Aber sie scheiterten. Sie scheiterten u.a. deshalb, weil sie es nie schafften ins Hochland aufzusteigen, da die Indigenen sie daran hinderten. Dieses Hochland, das heutige Antioquia, wurde von Peru aus erobert, nicht von Urabá aus. Das, was als große Hauptstadt des Kontinents geplant war, wurde nie vom spanischen Imperium kontrolliert und verwandelte sich in ein Niemandsland. Seit dem 16. Jhd. ist es eine Zone, die fünf Jahrhunderte lang von keiner offiziellen Macht kontrolliert wurde. Sie wurde zu einem Ort des Handelns mit Schmuggelware, der krummen Geschäfte, der Piraterie, der Guerilla und der Paramilitärs. So blieb es während der Unabhängigkeit und der Republik, und so ist es bis in unsere Tage hinein.

(Paolo Vignolo, Historiker der Universidad Nacional, 25.07.2013, Bogotá)

Die sozio-kulturelle und bio-physiologische Diversität der Region Urabá; ihre geostrategische Lage am Isthmus von Mittelamerika; ihre Funktion als Korridor aus und in andere wenig erschlossene Landesteile; ihre geographische Abgeschiedenheit aus Sicht kolonialer, nationaler und regionaler Administrationen; ihre ökonomische Relevanz für extraktivistische, kommerzielle, agrarindustrielle Unternehmungen bei gleichzeitig starker sozio-ökonomischer Marginalisierung weiter Teile der heterogenen Bevölkerung sind sowohl die Ursachen für als auch die Folgen von sich überschneidenden sozialen, politischen, ökonomischen, industriellen, humanitären, bewaffneten Ordnungs- und Entwicklungsinteressen ganz verschiedener legaler und illegaler Akteure, die die Geschichte dieser Region geprägt haben. Von dieser Region wird häufig behauptet, dass ihre Geschichte vor allen Dingen durch die Abwesenheit und Ineffizienz staatlicher Institutionen gekennzeichnet ist (Vgl. Beltran 1996; Botero Herrera 1990; García 1996; Lanchero 2002; Parsons 1996), womit man gleichzeitig die Ursache ihrer Konfliktträchtigkeit und ihres hohen Gewaltniveaus identifiziert zu haben glaubt. Ein gewissenhafter Blick in die Vergangenheit erweckt aber eher den Eindruck, dass – wie bspw. Ortiz Sarmiento (2007) und Uribe de H. (1992) oder auch

Tate (2015b) für eine andere Region Kolumbiens argumentieren – die Vielzahl staatlicher und quasi-staatlicher Akteure, also Akteure, die staatliche Aufgaben erfüllen oder staatliche Institutionen nutzen (Pirat_innen, Missionare, Schmuggler_innen, politische Parteien, nationale und internationale Unternehmen, Guerillabewegungen, Drogenhändler_innen, paramilitärische Gruppen etc.), sowie deren unterschiedliche und widersprüchliche Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen die Geschichte und Gegenwart der Region geprägt haben.

Urabá in der ‚longue durée‘

Der Golf von Urabá war seit mehreren Jahrhunderten von den Cuevas bewohnt, denen das besondere Schicksal widerfuhr, am Anfang des 16. Jahrhunderts Gegenstand von zwei Eroberungsversuchen geworden zu sein (Vgl. bspw. Cooke 2005; Mena García 2013; Santos Vecino 1986). Von Süden drangen, aus dem Inland kommend, chibchasprechende Urabáes und Kuna in Richtung des Golfs von Urabá vor, während aus dem Nordosten, vom karibischen Meer kommend, die spanischen Kolonisator_innen versuchten, das Festland zu erobern. Die Cuevas, die als friedlich galten und zu diesem Zeitpunkt mit schätzungsweise 230.000 Menschen den Isthmus des Darién bewohnten – zu dessen südlichen Ausläufern der Urabá gehört –, konnten der Gewalt und den Krankheiten der eindringenden Spanier_innen nichts entgegensetzen. Ihre Bevölkerung reduzierte sich innerhalb der ersten zehn Jahre nach der spanischen Ankunft um 97% (Vgl. Mena García 2013, 2–3, 17). Trotzdem scheiterte der Versuch der Spanier_innen, den Golf von Urabá zu erobern, weil es insbesondere den Urabáes und Kuna unter hohen Verlusten gelang, den spanischen Eroberungsversuchen zu widerstehen (Vgl. Alí 2010, 16; Uribe de H. 1992, 80–84). In gewisser Weise nahm so das Ende des ersten dokumentierten Eroberungsversuches des Urabás durch eine staatliche Macht die Entwicklung der konfliktiven Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und Teilen der Bevölkerung des Urabás für die darauffolgenden 500 Jahre vorweg.

Zwar wurden im Jahr 1510 mit San Sebastián de Urabá und Santa María la Antigua die ersten Siedlungen spanischer Kolonisator_innen auf amerikanischem Festland genau an diesem Küstenstreifen gegründet. Allerdings wurden beide Siedlungen wegen der schwierigen Lebensbedingungen innerhalb kurzer Zeit wieder aufgegeben. San Sebastián de Urabá hielt nicht einmal für ein Jahr, weshalb auch keine archäologischen Orte seine Existenz bezeugen, sondern nur noch die Chroniken, die ihn als einen ‚heißen Ofen‘ beschreiben, dessen hungernde Bewohner_innen auf der Suche nach Gold ins Inland vorstießen, wo sie von den giftigen Pfeilen ihrer indigenen Nachbar_innen empfangen wurden (Vgl. Parsons 1996, 23). Die Stadt Santa María la Antigua, die bereits einen Bischof samt Kathedrale beherbergte, bestand immerhin 14 Jahre lang bevor die spanische Krone die Siedlung 1524 evakuierte. Das Ziel der Kolonisator_innen war es gewesen, vom Golf von Urabá ausgehend das Inland zu kolonisieren und eine permanente Verbindung zwischen dem andinen Hochland und der Küste Urabás zu etablieren, womit sie allerdings scheiterten. Die Idee dieser Landverbindung wurde ein infrastrukturelles Langzeitprojekt, das erst über 400 Jahre später realisiert werden sollte (Vgl. Parsons 1996, 21–31).

Im 17. und 18. Jahrhundert versuchten unterschiedliche Akteure die Kontrolle über die Region zu erlangen, und zwar sowohl von der Küste als auch vom Inland aus kommend. Zunächst gelangten, von Cartagena aus gesandt, verschiedene Missionare in die Region, deren Evangelisierungsbestrebungen aber an der kulturellen Integrität der Urabás und Kunas scheiterten. Nachdem Santa Fe de Antioquia, circa 250 Kilometer weiter im Inland gelegen, im Jahr 1584 zur Hauptstadt der Region Antioquia ernannt wurde, gab es bis ins 18. Jahrhundert mindestens sieben Expeditionen, die vom Inland ausgehend über den Río Atrato versuchten, in die Küstenregion zu kommen, was allerdings nur einer gelang (Vgl. Parsons 1996, 32–35). Erfolgreicher waren da afrodeszendente Ex-Sklav_innen, die im 16. und 17. Jahrhundert aus der Atlantikprovinz Cartagena und der Pazifikregion Cauca in den Chocó flohen, sich entlang des Río Atrato niederließen und so nach den Urabás und Kuna zu einer weiteren Gruppe von Zuwander_innen wurden – eine von vielen, die die Region noch erleben sollte (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 26; Uribe de H. 1992, 84–85).⁹ Gegen Ende des 17. Jahrhunderts entdeckten holländische, französische und englische Pirat_innen die Küste des Golfs von Urabá, die sich einerseits wegen ihrer Unzugänglichkeit als Rückzugsort und andererseits wegen ihrer geographischen Lage als Ausgangspunkt für Angriffe auf die den Hafen von Cartagena verlassenden spanischen Handelsschiffe eignete (Vgl. Beltran 1996, 34). Die Pirat_innen, die nicht mit den Ambitionen kamen, die Region politisch kontrollieren zu wollen, schickten sich trotzdem an, den Río Atrato hochzufahren, um das Inland zu überfallen, was ihnen wohl nie gelang. Während Gerüchte über mögliche Invasionen von Pirat_innen die Regionalregierung in Santa Fe de Antioquia regelmäßig in Angst und Schrecken versetzten, etablierten die Kunas und die afrodeszendenten Atrato-Bewohner_innen Handelsbeziehungen mit ihnen (Vgl. Parsons 1996, 35–37; Uribe de H. 1992, 18).

Mit der Präsenz der Pirat_innen und wegen der restriktiven Handelspolitik der spanischen Krone, die Cartagena zum einzigen Handelshafen des Vize-Königreiches Neugranada erklärte, blühte der Schmuggel im Urabá auf. Banden von Schmuggler_innen waren schon seit Mitte des 16. Jahrhunderts an der Küste aktiv, jedoch intensivierte sich der illegale Handel von Waren und Gold im Laufe des 17. Jahrhunderts derart, dass die spanische Krone mangels anderer Kontrollinstrumente wenigstens die Befahrung des Río Atrato und die Einfahrt nicht-spanischer Schiffe in den Golf von Urabá für fast das komplette 18. Jahrhundert unter Androhung der Todesstrafe verbot, was freilich nicht zu einem Ende des Schmuggels führte, sondern die Preise der geschmuggelten Waren und die Gewinnspannen der Schmuggler_innen erhöhte (Vgl. Beltran 1996, 33–34; Parsons 1996, 35–40). Im Jahr 1740 entsagte ein Teil der calvinistischen Französ_innen der Piraterie, entschuldigte sich bei der spanischen Krone und ließ sich mit dem Einverständnis der dort ansässigen Kuna an der Küste Urabás nieder, um Kakao anzubauen.

9 Nach der Abschaffung der Sklaverei in Kolumbien im Jahr 1851 kamen weitere afrokolumbianische Ex-Sklav_innen in die Region. Uribe de H. weist bei der Gelegenheit zu Recht darauf hin, dass die Bezeichnung afrokolumbianische Bevölkerung eine unzulängliche Verallgemeinerung dieser Bevölkerungsgruppe auf Grundlage ihrer Hautfarbe ist und ihrer sozio-kulturellen Diversität nicht gerecht wird. Die afrokolumbianische Bevölkerung der Region hat Vorfahren aus unterschiedlichen Ländern Afrikas mit sehr diversen kulturellen Vorstellungen und Praktiken, die durch den Prozess der Sklaverei offensichtlich stark transformiert wurden, was teilweise sehr unterschiedliche kulturelle Hybride hervorgebracht hat (Vgl. Uribe de H. 1992, 86–87, 94–95).

Nur 17 Jahre später kam es zu einem Aufstand der Kuna, der scheinbar von Engländer_innen provoziert wurde, bei dem die Hälfte der französischen Kakao-Bäuer_innen getötet wurde und die andere Hälfte aus der Region floh (Vgl. Parsons 1996, 41–42). Diese Auseinandersetzung verweist bereits auf ein Charakteristikum der Region, welches sie auch die folgenden Jahrhunderte prägen sollte. Der Zuzug und die Ansiedlung neuer Bewohner_innen aus anderen Regionen Kolumbiens oder aus Übersee brachte Konflikte mit sich, die häufig in der Verdrängung und Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen mündeten, was insbesondere die Urabáes und Kuna erfahren mussten. Einmal abgesehen davon, dass die einschlägige Literatur zur Geschichte des Urabá nur sehr wenig Informationen über die Urabáes und Kuna beinhalten, finden die Urabáes im Verlauf des 18. Jahrhunderts überhaupt keine Erwähnung mehr. Während sie einfach aus den Geschichtsbüchern verschwinden, ist von den Kuna bekannt, dass sie irgendwann weiter Richtung Panama gezogen sind und das Archipel San Blas besiedelten haben (Vgl. bspw. Parsons 1996, 24). Insbesondere Alí, der bei den kolumbianischen Kuna geforscht hat, berichtet darüber, dass die Kuna in mehreren Phasen Richtung Norden vertrieben worden seien. Im 18. Jahrhundert flohen sie vor den in die Region kommenden Emberá Katíos und Ex-Sklav_innen, am Ende des 19. Jahrhunderts vor Arbeiter_innen, die zum Tagua-Abbau kamen, und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor kleinbäuerlichen ‚Colonos‘, die die Region besiedelten. Heute existieren im Urabá und damit auch in ganz Kolumbien nur zwei ‚Resguardos‘ der Kuna mit jeweils zwischen 500 und 1.000 Bewohner_innen (Vgl. Alí 2010, 23–32).

Zunächst aber hemmte der Umstand, dass der Urabá im 17. und 18. Jahrhundert in der Außenwahrnehmung von widerstandsfähigen Indigenen, geflohenen afrodeszendenten Sklav_innen sowie nicht-spanischen Pirat_innen und Schmuggler_innen bewohnt war, die spanischen Kolonisierungsversuche der Region. Im Unterschied zu den meisten Regionen Kolumbiens wurde der Urabá von den Spanier_innen zu keinem Zeitpunkt ihrer 300-jährigen Präsenz kolonisiert oder kontrolliert (Vgl. Uribe de H. 1992, 13; 2004, 84). Diese Selbstbestimmtheit und Autonomie ihrer Bewohner_innen führte außerhalb der Region zu einem Bild vom Urabá als eine fremde, chaotische und wilde Enklave, deren Bewohner_innen bedrohlich und unzivilisiert seien und sich ihr Überleben mit illegalen und gefährlichen Aktivitäten sichern würden (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 12). Da der Urabá nie von der spanischen Krone kolonisiert wurde¹⁰, war die Unabhängigkeit Kolumbiens, im Jahr 1810 reklamiert und im Jahr 1821 realisiert, für die Bewohner_innen der Region kein Ereignis, das mit der Befreiung von einer Fremdherrschaft assoziiert werden kann. Ganz im Gegenteil scheint es eher so, dass mit der Unabhängigkeit die Bestrebungen außerregionaler Administrationen, die Region zu kontrollieren, wieder aufblühten. Zumindest begannen mit diesem Ereignis drei unterschiedliche bundesstaatliche Regierungen (Antioquia, Cartagena und Popayán) die Hoheitsgewalt über den Urabá zu beanspruchen: So wurde in der Verfassung von 1812 ein Großteil Urabás Cartagena zugesprochen. Derselbe Teil fiel 1831 an Antioquia. Die Stadt Turbo wiederum wurde 1847 dem Chocó zugewiesen. Im Jahr 1848 teilte man den

10 Dies zeigt sich u.a. auch darin, dass in der gesamten Region kein einziges Dorf oder gar eine Stadt existiert, die während der Kolonialzeit entstand und die klassische koloniale Architektur aufweist. Turbo, die erste Stadt Urabás, wurde im Jahr 1838 gegründet.

kompletten Küstenstreifen inklusive Turbos wieder Antioquia zu, was 1850 zumindest für die Stadt Turbo revidiert wurde, die nun wieder zum Chocó zählen sollte. Im Jahr 1857 stellte man die Küste Urabás unter die Jurisdiktion Popayáns, unter der sie bis 1905 blieb, als man endgültig entschied, dass Urabá politisch und administrativ von Antioquia verwaltet werden sollte (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 13; Uribe de H. 1992, 20–31). Inwiefern dieses vielseitige Interesse unterschiedlicher Administrationen, die Region politisch zu verwalten, für die Bewohner_innen des Urabás spürbar wurde bleibt fraglich, denn scheinbar gingen mit dem jeweiligen Interesse keine Versuche einher, die Region auch infrastrukturell, ökonomisch oder sozio-kulturell einzubinden (Vgl. Parsons 1996, 44).

Dafür weckten die geographischen und klimatischen Bedingungen der Region zunehmend das extraktivistische Interesse internationaler Unternehmen, die – wieder über das karibische Meer kommend – zunächst Kautschuk (von 1850–1875), dann Tagua (bis 1916) und danach tropische Hölzer wie Zeder und Mahagoni (ca. 1883 bis 1929) abbauen ließen und nach Europa sowie Nordamerika exportierten, ohne dass eines dieser Produkte zu einem nachhaltigen und stabilen Exportgeschäft wurde (Vgl. Parsons 1996, 50–54; Steiner 2000, 33–46). Dabei provozierten die sklavereiartigen Arbeitsbedingungen beim Kautschukabbau¹¹ immer wieder bewaffneten Widerstand und gewaltsame Auseinandersetzungen seitens der überwiegend indigenen Arbeiter_innen (Vgl. Uribe de H. 1992, 34). Insbesondere der Holzabbau war begleitet von einer erneuten Zuwanderungsbewegung, die verarmte und vertriebene Kleinbäuer_innen aus Córdoba¹² in den Urabá führten. Dies war nicht zuletzt begünstigt von dem Bau einer Straße zwischen Turbo und Montería im Jahr 1909 durch das nordamerikanischen Holzunternehmen Emery Bosten und von sich ausbreitenden und Anwohner_innen vertreibenden Großgrundbesitzer_innen in Córdoba selbst, was viele Kleinbäuer_innen dazu veranlasste, im Urabá eine neue Zukunft zu suchen (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 21–24; Steiner 2000, 4–9; Uribe de H. 1992, 120–24).

Nachdem Versuche die Verbindungsstraße zwischen dem Inland Antioquias und der Küste Urabás auszubauen im Laufe des 19. Jahrhundert immer wieder abgebrochen wurden, stand 1905 die Idee im Raum, eine Eisenbahnlinie zwischen Turbo und Medellín zu konstruieren. Konzessionen für den Bau waren bereits an den nordamerikanischen Unternehmer Granger vergeben, allerdings fand sich nicht genug aneinander liegendes und bebaubares Brachland entlang der geplanten Route, um die Idee zu realisieren (Vgl. Parsons 1996, 70–72; Steiner 2000, 13–15). Ein Infrastrukturprojekt, das nicht vorzeitig scheiterte, war die Einrichtung einer telegrafischen Verbindung zwischen Turbo und Dabeiba, die 1913 eröffnet wurde und zum ersten Mal eine direkte Kommunikation zwischen der Küste Urabás und dem Inland Antioquias erlaubte (Vgl. Parsons 1996, 63). Vorher war die Kommunikation, wie auch der Handel mit dem Inland nur per Seeweg über Cartagena möglich, auf dem bspw. ein Brief gesandt nach Bogotá mindestens zwei Monate unterwegs war (Vgl. Steiner 2000, 18–19). Ein Vorbote

11 Dank Roger Casement und Michael Taussig sind diese Arbeitsbedingungen des Kautschukabbaus für den Amazonas hinlänglich bekannt (Siehe Taussig 1984; 1991). Die Geschichte des Kautschukabbaus im Urabá muss laut Uribe de H. allerdings noch geschrieben werden (Vgl. 1992, 34).

12 Zu dem Zeitpunkt gehörten die Departments Córdoba und Sucre noch zum Department Bolívar.

ökonomischer Zukunftsprojekte kam im Jahr 1909 mit dem hamburgischen Konsortium Albingia in die Region, das eine Konzession für den Anbau von Bananen auf einer Fläche von 5.000 ha am Golf von Urabá zugesprochen bekam. Obwohl das Projekt mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges beendet wurde, kündigte sich damit eines der beiden kommerziellen landwirtschaftlichen Produkte in der Region an, die ihre weitere Zukunft prägen sollten (Vgl. Parsons 1996, 72; Ramírez Tobón 1997, 60–61).

Nachdem der Urabá 1905 dem Department Antioquia zugesprochen wurde, erlebte die Region einen Prozess, der wohl am ehesten als Kolonialisierung bezeichnet werden kann. Die Regierung Antioquias, die mittlerweile ihren Sitz in Medellín hatte, versuchte die Region durch verschiedene Maßnahmen zu ‚antioquenisieren‘. So begann sie bspw. die Besiedlung der Region durch antioquenische Kleinbäuer_innen mit verschiedenen Anreizen zu fördern, die allerdings nicht wirklich fruchteten, weil diese Kleinbäuer_innen das mäßige Klima des Hochlandes dem tropischen im Urabá vorzogen. Die einzigen Antioquener_innen, die Anfang des 20. Jahrhunderts tatsächlich in den Urabá kamen, kamen gezwungenermaßen: Dazu zählten vor allen Dingen liberale Ex-Kombattant_innen der unterschiedlichen Bürgerkriege des 19. und 20. Jahrhunderts, die hier einen sicheren Rückzugsraum fanden¹³, sowie verurteilte Häftlinge, die in hier etablierten Strafkolonien interniert wurden, es aber den afrodeszendenten Sklav_innen vor 300 Jahre gleich taten und massiv flohen¹⁴ (Vgl. Uribe de H. 1992, 102–8). Als weitere Maßnahme ging die Regierung Antioquias schließlich im Jahr 1926 den Bau der Verbindungsstraße zwischen Medellín und Turbo ernsthaft an, was sich bei dem nordamerikanischen Historiker Parsons wie ein Abenteuerroman liest, in dem heiligesprochenes Werkzeug, Zement aus Italien und zeitweise bis zu 7.000 Arbeiter_innen mit einer unbekannten Anzahl von Mauleseln an dem „patriotischen Ziel“ mitwirkten, die „antioquenische Zivilisation“¹⁵ ans Meer anzuschließen (Vgl. Parsons 1996, 73–79). Kurz nach ihrer Einweihung im Jahr 1956 kam nicht nur der von den damaligen Zeitungen als ‚erster Tourist Urabás‘ bezeichnete ehemalige belgische König Leopold III. zu Besuch und nahm, an Kolonialgeschichte interessiert, illegaler Weise archäologische Funde aus Santa María la Antigua mit (Vgl. Steiner 2000, 119), sondern es setzte auch eine in der Region bis dato unbekannte wirtschaftliche Entwicklung ein.

Die *Frutera de Sevilla*, ein Tochterunternehmen der *United Fruit Company*, entdeckte 1959 in den ausgedehnten Ländereien der zentralen Ebene des Urabás mit ihren natürlichen Wasserabläufen bei konstant hohen Niederschlägen für den Bananenanbau

-
- 13 Auch wenn die Region von den Kriegen selbst kaum betroffen war – eine Ausnahme bildet der ‚Krieg der Tausend Tage‘ während dem bspw. die Stadt Turbo im Jahr 1900 von einer konservativen Einheit in Schutt und Asche gelegt wurde (Vgl. Beltran 1996, 34–35; Parsons 1996, 64) – flohen nach den Bürgerkrieg von 1854, 1863, 1876, dem besagten ‚Krieg der Tausend Tage‘ (1899–1902) und der ‚Violencia‘ (1948–54) liberale Ex-Kombattant_innen aus ihren Heimatregionen in den Urabá (Vgl. Uribe de H. 1992, 41–43).
- 14 Die bekannteste Strafkolonie war Antadó, die 1920 gegründet und 1950 aus unterschiedlichen Gründen wieder aufgelöst wurde. Einige Insassen waren später maßgeblich an der Gründung bewaffneter Gruppen beteiligt, wie bspw. bei der Guerilla EPL (Vgl. Uribe de H. 1992, 103–5).
- 15 Die Zitate stammen aus einem bei Parsons abgedruckten Brief einer Frau namens Ana Campuzano an Gonzalo Mejía, den wichtigsten Initiator des Straßenbaus, anlässlich des Baubeginns der Straße (Parsons 1996, 74, FN 3).

optimale Plantagen mit natürlicher Be- und Entwässerung. Die *United Fruit Company* baute in der Region ein Geschäftsmodell auf, bei dem sie als Kreditgeberin und exklusive Abnehmerin fungierte, was konkurrierende Unternehmen abschreckte und einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb unterband. Sie war nicht Eigentümerin der Plantagen, strebte dies auch nach den Bananenstreiks 1928 im Anbaugebiet um Santa Marta nicht mehr an¹⁶, sondern konzentrierte sich auf die Kommerzialisierung und den Export. Die Produktion lag in den Händen von mehr als 200 nationalen Produzent_innen, die von der *United Fruit Company* Kredite, die zu pflanzenden Bananenarten sowie technische Unterstützung erhielten, die sich beim Anbau zu bestimmten Methoden verpflichten mussten, denen dafür aber die Abnahme der gesamten Bananenproduktion garantiert wurde (Vgl. Parsons 1996, 103–5; Ramírez Tobón 1997, 31–33). Mit diesem Modell lagerte die *United Fruit Company* die größten Risiken des Bananengeschäfts wie bspw. Ernteverluste durch Schädlingsbefall, Unwetter oder Streiks an nationale Unternehmer_innen aus und strich trotzdem 90% des Umsatzes ein.¹⁷ Innerhalb von fünf Jahren (1959–1964) entwickelte sich der Urabá zum Hauptproduktionsort für Bananen in Kolumbien, wobei die Banane landesweit das landwirtschaftliche Produkt war, das die größten Gewinnmargen erzielte. Die ‚bonanza bananera‘ brachte eine neue Zuwanderungswelle mit sich: Einerseits kamen aus dem ganzen Land verarmte Landarbeiter_innen, um sich auf den Plantagen zu verdingen, andererseits lockten die hohen Gewinne Unternehmer_innen unterschiedlichster Herkunft nach Urabá, wobei unter ihnen die Mehrheit aus Antioquia stammte. Die Banane Urabás – lang gewachsen, von hoher Qualität, exportiert in die ganze Welt (insbesondere auch nach Deutschland) – wurde für viele zu der Goldgrube, die die Kolonisor_innen 400 Jahre zuvor nicht gefunden hatten (Vgl. Parsons 1996, 105–8). Versuche, andere landwirtschaftliche Produkte anzubauen (im Jahr 1960 kaufte bspw. das kolumbianisch-holländische Konsortium *Coldesa* das ehemalige Land der hamburgischen Albingia und begann Ölpalmen anzupflanzen), waren nicht von demselben Erfolg gekrönt (Vgl. Parsons 1996, 116).

Für die Geschichte des Urabás in der ‚longue durée‘ lässt sich zusammenfassend Folgendes festhalten: Bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war diese Geschichte charakterisiert von verschiedenen Zuwanderungsbewegungen sehr heterogener Bevölkerungsgruppen und von den gescheiterten bzw. begrenzten Versuchen staatlicher Akteure die Region Urabá zu kontrollieren. Dabei standen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen der Region im Konflikt miteinander, seien es die Urabáes und Kuna mit den spanischen Konquistador_innen oder diese mit den europäischen Pirat_innen oder aber unterschiedliche bundesstaatliche Regierungen miteinander (Vgl. Uribe de

16 Im Jahr 1928 legten 25.000 Arbeiter_innen der *United Fruit Company* für einen Monat die Produktion und den Export von Bananen im Anbaugebiet um Santa Marta lahm, bis am 5. Dezember 1928 Soldat_innen der kolumbianischen Armee das Feuer auf streikende Arbeiter_innen am Bahnhof von Ciénaga eröffneten, wobei eine nie endgültig geklärte Anzahl von Arbeiter_innen ums Leben kam (Vgl. Beltrán 1996, 46).

17 Botero schreibt, dass Mitte der 1980er Jahre von jedem eingenommen Dollar am Verbraucher_innenmarkt 11 Cent an die Bananenproduzent_innen und 89 Cent an das Exportunternehmen ging (Vgl. Botero Herrera 1990, 84–86). Für eine detaillierte Analyse des Wirkens der *United Fruit Company* in Kolumbien, siehe Bucheli (2005).

H. 1992, 13–32). Auf Grund des maritimen Handels (einerseits des Exports von Agrarprodukten in die ganze Welt und andererseits der überwiegend illegalen Handelsbeziehungen mit Panama, Jamaica und Santo Domingo) war die Region wesentlich stärker in den sozio-kulturellen Raum der Karibik integriert als in das andine Inland Kolumbiens, zu dem kaum Kommunikationswege bestanden (Vgl. Uribe de H. 1992, 16). Die relative Abgeschiedenheit der Region machte Urabá des Weiteren zu einem Zufluchtsort für Verfolgte aller Art: Es kamen von Armut und Vertreibung Betroffene, der Sklaverei Entflozene, von feindlichen politischen Fraktionen Verfolgte, vom Gesetz Angeklagte oder Verurteilte, Ex-Kombattant_innen aus verschiedenen Bürgerkriegen sowie Kriegsdienstverweigerer und Kleinkriminelle, die alle eins verband: Sie waren auf der Suche nach einer besseren Zukunft (Vgl. Beltran 1996, 33–38; Ortiz Sarmiento 2007, 42–45; Steiner 2000, 4–9). Diese gesellten sich zu all jenen, die schon seit geraumer Zeit die Klandestinität wertschätzten, welche die Region bot: Pirat_innen, Schmuggler_innen, Waffenhändler_innen und bald auch Drogenhändler_innen, die sich trotz unterschiedlicher Produkte die gleichen Handelsrouten teilten (Vgl. Uribe de H. 1992, 44–48). Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen entwickelten eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit gegen unterschiedliche Formen der politischen und ökonomischen Kontrolle (Indigene gegen die Konquista, Afro-Kolumbianer_innen gegen die Sklaverei, Kleinbauer_innen gegen die Agrarindustrie, Liberale gegen die konservative Hegemonie), weshalb der Urabá in der nationalen Wahrnehmung zunehmend zu einem Ort der Ausgestoßenen und Anderen, der Unzivilisierten und Bedrohlichen; zu einem Ort der Abenteurer und Gefahren, aber auch zu einem Ort der Verheißungen und Versprechungen wurde (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 44–45; Botero Herrera 1990, 17–19, 23; Steiner 2000, xvi; Uribe de H. 1992, 48–52). Dieses Bild des unzivilisierten Urabás wurde nach der politischen Aneignung der Region durch das Department Antioquia zu dem tragenden Motiv eines machtpolitischen Diskurses, der die ökonomische und kulturelle Dominanz der sich moralisch überlegen fühlenden Antioquener_innen legitimieren sollte.

„Die beste Ecke Lateinamerikas“¹⁸ ist reich an Konflikten

Anhand der Eskalation der Gewalt im Urabá ab Mitte des 20. Jahrhunderts lässt sich geradezu beispielhaft zeigen, wie wenig ein generalisierendes Narrativ über den Konflikt in Kolumbien als nationales Phänomen mitunter die Situation in den Regionen erklärt. Die Entwicklung des kolumbianischen Konflikts ab diesem Zeitpunkt wird in diesem generalisierenden Narrativ in der Regel anhand makropolitischen Ereignisse und Prozesse erläutert, die linear und kausal verknüpft und in eine konsistente zeitliche Abfolge gebracht werden, welche, stark verkürzt, wie die Folgende aussieht: Die historische Rivalität zwischen der konservativen und liberalen Partei habe nach dem Mord an dem liberalen Präsidentschaftskandidat Jorge Eliécer Gaitán im Jahr 1948 in einen das ganze Land verwüstenden Bürgerkrieg namens ‚La Violencia‘ (1948–1954) gemündet, der wiederum durch die Militärdiktatur Gustavo Rojas Pinillas (1953–1957) beendet worden

18 Ursprünglich die Bezeichnung eines lokalen Journalisten (Aparicio 2012, 170), ziehen diese Beschreibung eine Reihe von Autoren heran, um den Ressourcenreichtum der Region Urabá zu betonen (Vgl. Aparicio 2012; Beltran 1996, 17)

sei, durch die die beiden traditionellen Parteien allerdings ihre politische Vormachtstellung in Gefahr sahen, was sie dazu veranlasste ein von 1958 bis 1974 anhaltendes Parteienbündnis („Frente Nacional“) einzugehen, in dem die Posten der Legislative und Exekutive trotz Wahlen paritätisch untereinander aufgeteilt wurden, was andere politische Bewegungen und Parteien vom staatlichen Apparat weitestgehend ausschloss, die Teilhabe der Bevölkerung am politischen Willensbildungsprozess einschränkte und so die Entstehung verschiedener Guerillabewegungen in den 1960er Jahren gefördert habe, die sich wiederum vorgenommen hätten, das politische System zu stürzen, mit der Zeit allerdings vom Drogenhandel unterlaufen worden seien und zunehmend ökonomische anstelle revolutionärer Interessen verfolgt hätten. Dabei hätten sie auf Strategien gesetzt, wie Erpressung und Entführung von Politiker_innen, Unternehmer_innen und Großgrundbesitzer_innen, woraufhin diese in den 1980er Jahren begonnen hätten, paramilitärische Selbstverteidigungsgruppen aufzubauen, die sich in den 1990er Jahren zusammengeschlossen und sich vorgenommen hätten, die Dominanz der Guerillagruppen in weiten Landesteilen zu beenden wobei sie massive Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung begingen (Siehe bspw. Bergquist 1992; Bushnell 1993; König 2008; Palacios 2006).

Die jüngere Geschichte Urabás lässt sich anhand dieses Narratives kaum nachvollziehen: Die Bevölkerung dieser Region verstand sich als liberal, seitdem sie zum Rückzugsraum liberaler Ex-Kombattant_innen der Bürgerkriege des 19. Jahrhunderts wurde (Vgl. Steiner 2000, 93–99). Die konservative Partei und damit auch die Rivalität zwischen konservativer und liberaler Partei spielten hier keine große Rolle. Eher innerliberale Spannungen zwischen verschiedenen Fraktionen der liberalen Partei oder zwischen dieser und in der Region starken kleineren politischen Bewegungen bestimmten die regionale Politik (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 66–85; Uribe de H. 1992, 220–22). Die ‚Violencia‘ im Urabá entwickelte sich nicht entlang der Zwei-Parteien-Rivalität, sie lässt sich vielmehr als ein weiterer Versuch des Departments Antioquias lesen, die Kontrolle über die Region zu erlangen (Vgl. Roldán 2003, 49–50, 237–51).¹⁹ Der Urabá war auch nicht in demselben Maße wie andere Regionen von den zerstörerischen Konsequenzen dieser Zeit betroffen. Diese wurden vielmehr indirekt spürbar, da während und in Folge der ‚Violencia‘ weitere liberale Flüchtlinge aus anderen Regionen in den Urabá kamen. Trotz der Dominanz des ‚Frente Nacional‘ auf nationaler Ebene waren seit den 1960er Jahren kleinere alternative Parteien in den regionalen und kommunalen Parlamentswahlen Urabás sehr erfolgreich, wie bspw. die MRL im Jahr 1962, die ANAPO im Jahr

19 Für eine Analyse der unterschiedlichen Charakteristika, Verläufe und Folgen der ‚Violencia‘ in verschiedenen Regionen Antioquias siehe Roldán (2003).

1966 und 1972 oder die ONU im Jahr 1976.²⁰ Für die *Unión Patriótica*²¹ bspw. wurde der Urabá in den 1980er Jahren eine Hochburg ihrer Aktivitäten und Wahlerfolge (Vgl. Uribe de H. 1992, 214–34).²² Selbstverständlich hatten die makropolitischen Ereignisse einen Einfluss auf den Urabá, doch sie allein erklären die Entwicklung der politischen Gewalt in der Region nicht, die sich, wie ich gleich zeigen werde, von den Entwicklungen in anderen Regionen des Landes unterscheidet.

Die Fertigstellung der Verbindungsstraße in den 1950er Jahren und die schnelle agrarökonomische Entwicklung in den 1960er stellen eine historische Zäsur dar.²³ Diese beiden Entwicklungen hatten allerdings auch einige soziale und ökologische Probleme zur Folge, die das Konfliktpotential in der Region ungemein erhöhten: Es kam zu einer weiteren, im Unterschied zu den vorherigen, diesmal massiven und mit dem Banananbau im Zusammenhang stehenden Zuwanderung von überwiegend aus Antioquia stammenden Bananenproduzent_innen und -arbeiter_innen sowie Gewerbetreibenden aller Art²⁴, die zu einem drastischen Bevölkerungsanstieg führte, der nicht von einem adäquaten Ausbau der sozialen Infrastruktur begleitet war. So wuchs zwischen 1951 und 1964 die Bevölkerung Urabás um 204% von 49.160 auf 149.800 Bewohner_innen (Vgl. Beltran 1996, 36; Steiner 2000, 60) und bis 1985 auf 249.239 Bewohner_innen (Vgl. Botero Herrera 1990, 81). Dabei waren laut dem Zensus von 1985 70% der Bevölkerung Apartadó's Hinzugezogene (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 41). In den schnell wachsenden urbanen Zentren mangelte es an öffentlicher Grundversorgung. Die zunehmende Erschließung der ländlichen Zonen wurde in der Regel weder mit dem Ausbau von Zugangswegen noch mit der Titulierung des erschlossenen Landes begleitet. Generell fehlten Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Gleichzeitig stiegen aber die Preise

-
- 20 Das Movimiento Revolucionario Liberal (MRL) war eine kurzzeitig auf regionaler Ebene erfolgreiche liberale Splitterpartei (1960–1967) in Opposition zum Frente Nacional. Die Alianza Nacional Popular (ANAPO) wurde 1961 von Gustavo Rojas Pinilla ebenfalls als Oppositionspartei zum Frente Nacional gegründet. Sie erreichte nicht nur bei regionalen Wahlen viele Wähler_innenstimmen, sondern auch bei der Präsidentschaftswahl 1970. Der vermeintliche oder tatsächliche Wahlbetrug bei diesen Präsidentschaftswahlen war einer der Gründe für die Gründung der Guerilla M-19 im Jahr 1973. Die ANAPO ging 1998 in die Alianza Democrática auf. Die Unión Nacional de Oposición (ONU) war zwischen 1972 und 1982 ein Wahlbündnis verschiedener linker Bewegungen.
- 21 Die *Unión Patriótica* wurde 1985 als Partei gegründet, funktionierte aber eher wie eine breite populäre Bewegung, in der sich verschiedene linke Strömungen u.a. auch die Kommunistische Partei oder ein politischer Arm der FARC wiederfanden. Nach anfänglichen Wahlerfolgen, insbesondere auf kommunaler Ebene, folgte eine Welle politischer Verfolgung und repressiver Gewalt, im Laufe derer bis Anfang der 1990er Jahre zwischen 3.000 und 5.000 Mitglieder der Partei ermordet wurden (Siehe bspw. Zelik 1999, 67).
- 22 Für eine detaillierte Analyse der Entwicklung von Wahlergebnissen zwischen 1962 und 2006 im Urabá siehe Ortiz Sarmiento (2007, 66–85).
- 23 Diese Zäsur wird sich auch in der Struktur dieses Abschnittes widerspiegeln. Da die Situation im Urabá Mitte des 20. Jahrhunderts an Komplexität ungemein zunimmt, erscheint mir eine chronologische Darstellung der jüngeren Geschichte nicht sinnvoll. Im Folgenden strukturiere ich diesen Text stärker, und zwar entlang der für die Erklärung der politischen Gewalt relevanten Konflikte.
- 24 Scheinbar erfuhr insbesondere das ‚Vergnügungsgewerbe‘ einen Aufschwung mit der agrarindustriellen Entwicklung. So wartet Ortiz Sarmiento mit dem kuriosen Detail auf, dass es in der Stadt Apartadó Ende der 1960er Jahre bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 30.000 Personen etwa 438 Bars gegeben habe (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 49, FN 57).

für sowie die Spekulationen mit Land drastisch an, so dass die Bäuer_innen aus der Bananenzone in die Städte oder in die Serranía de Abibe bzw. den Atrato vertrieben wurden, wo sie nicht selten in indigene Territorien eindrangten. Sowohl Botero als auch Parsons berichten bspw. von einem Fall im Jahr 1965, bei dem sich 800 Kleinbäuer_innen in einem Reservat von 230 Kunas in der Nähe von Turbo niederließen (Vgl. Botero Herrera 1990, 78; Parsons 1996, 95).²⁵ Nachdem die Holzabbau-Unternehmen bereits die tropischen Edelhölzer in der Region dezimiert hatten, zerstörte die fortschreitende Besiedlung weitere Teile der Wälder, die häufig innerhalb von wenigen Jahren in kommerzielle Plantagen oder wenig produktives Weideland umgewandelt wurden. Dieser Prozess vollzog sich in der Regel in zwei Wellen: Nachdem Kleinbäuer_innen – die erste Welle – zunächst ein Territorium mit Macheten und Äxten gesäubert, Bäume gefällt und das Land fruchtbar gemacht hatten, zogen sie häufig weiter und verkauften das Land – oder wurden zum Verkauf gezwungen – an die zweite Welle von Großgrundbesitzer_innen und Viehzüchter_innen, die auf dem Land Gras pflanzten und ihr Vieh darauf weiden ließen (Vgl. Parsons 1996, 97, 133–34; siehe auch García 1996, 52–53; Ramírez Tobón 1997, 46–47). Diese zweite Welle, die laut Botero nie eine Machete in der Hand gehabt hatte, sich dafür aber mit Gesetzen ausgekannt habe, bekam dann die Landtitel und die Ehre, die ‚den Konquistadoren des Dschungels‘ in den urbanen Zentren des Landes zuteilwurde (Vgl. Botero Herrera 1990, 31).

An der prekären sozialen Infrastruktur änderten auch die Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor wenig, da die Plantagenbesitzer_innen in der Regel nicht aus der Region kamen und auch nicht in sie zogen. Sie investierten ihre Überschüsse nicht in den Urabá und hatten kein Interesse an seiner infrastrukturellen Entwicklung (Vgl. Uribe de H. 1992, 55–58). Im Gegenteil, gerade die Abgeschiedenheit der Region bot gewisse Vorteile für ihre Geschäftszweige. So hielten die Bananenproduzent_innen weder Arbeitsrechtsbestimmungen ein noch kamen sie ihren steuerlichen Verpflichtungen nach. Resultat war die Entwicklung einer ökonomischen Enklave, in der Armut und soziale Ungleichheit kein ungewolltes Nebenprodukt waren, sondern die Konsequenz struktureller Entscheidungen von Unternehmer_innen und Politiker_innen, die über soziale oder familiäre Beziehungen eng verbunden waren. Zwischen den Jahren 1984 und 1986 wurden bspw. Bananen im Wert von 185 Millionen US-Dollar aus dem Urabá exportiert, während die sozialen Investitionen in die Region bei etwa einer Millionen US-Dollar lagen (Vgl. CAJ 1994, 36).

In der kulturell sehr heterogenen Bevölkerung Urabás war ein sozialer Zusammenhalt nicht nur wenig ausgeprägt, auch waren die Beziehungen zwischen den Zugewanderten teilweise feindselig, diskriminierend und rassistisch. Insbesondere die antioquienischen ‚Paisas‘²⁶, die die regionale Elite zu bilden und die wenigen Posten in der

25 Auch Beltran und Ortiz Sarmiento berichten von sporadischer Gewalt von Seiten der Kleinbäuer_innen gegen Indigene (Vgl. Beltran 1996, 37; Ortiz Sarmiento 2007, 47).

26 ‚Paisa‘ oder teilweise sogar ‚raza paisa‘ ist die geläufige Selbstbezeichnung der Bewohner_innen des antioquienischen Hochlandes insbesondere um Medellín. Die ‚Paisas‘ sehen sich selbst häufig als direkte Nachfahren der Spanier_innen, was sie mit einer vermeintlich helleren Hautfarbe zu begründen versuchen. Sie pflegen ihren Ruf, wertkonservativ, katholisch und unternehmerisch veranlagt zu sein.

öffentlichen Verwaltung zu besetzten begannen, hielten die córdobesischen ‚Chilapos‘²⁷ für rebellisch und unchristlich sowie die chocóanischen ‚Negros‘²⁸ für faul und feige (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 41, 52–53; Steiner 2000, xix).²⁹ Die Spannungen zwischen den verschiedenen hinzugezogenen Bevölkerungsgruppen mit ihren unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen und divergierenden Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen von und für die Region war eine Art kultureller Katalysator für die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eskalierenden Konflikte (Siehe Steiner 2000). Die Gewalt im Urabá stand immer auch im Zusammenhang mit kollektiven Abgrenzungsprozessen und Identitätskonstruktionen seiner sozio-kulturell sehr unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, die, im Gegensatz zu einer dem Land Kolumbien bzw. seiner Gesellschaft generell unterstellten ‚Kultur der Gewalt‘ (Vgl. bspw. Waldmann 2007), wohl eher als ‚potentielle Gewalt der Kultur‘ verstanden werden muss (Siehe hierzu auch Aparicio 2012, 160–69).

Beeinflusst sowohl von den drastischen ökonomischen und politischen Veränderungen als auch bedingt durch den Einfluss neuer sozialer Akteure rekonfigurierten sich ab den 1960ern die historischen Spannungen und Konflikte und führten zu einem Anstieg der Gewalt in der Region. Dabei ist es nicht so, dass nicht auch schon zuvor Konflikte gewaltsam ausgetragen worden waren. Abgesehen von den Bürgerkriegen weist Ortiz Sarmiento bspw. daraufhin, dass die Besiedlung ländlicher Zonen selbst ein durchaus gewaltsamer Prozess gewesen war, der überwiegend von Männern, sogenannten ‚Colonos‘³⁰, umgesetzt worden war, die für dessen Erfolg ‚machistische Werte‘ wie Härte, Durchsetzungskraft, Mut etc. kultiviert hätten. Diese Werte fanden bspw. Ausdruck in ritualisierten Duellen zu unterschiedlichen Anlässen, bei denen sich die beteiligten Siedler mit Macheten und Stichwaffen gegenübergestanden hatten, um vermeintliche oder auch tatsächliche Konflikte auszutragen. Diese Praktiken waren bis in die 1980er Jahre verbreitet und werden in der Gegenwart teilweise wiederbelebt. Ein Bewohner San José de Apartadós erwähnte mir gegenüber einmal beiläufig in einem Gespräch über den Zusammenhang von Alkohol und Gewalt, dass in den 1980er Jahren in der Zone um San José de Apartadó das geflügelte Wort kursiert habe, dass es keine Feier ohne einen Toten gegeben habe (‚Sin un muerto no había fiesta‘). Diese Formen der Gewalt, wenn es sich nicht gerade um Besetzungen bereits besiedelten Landes gehandelt hatte, waren jedoch begrenzt auf individuelle Auseinandersetzungen oder fielen in den Rahmen von Selbstjustiz, die sich ab dem Zeitpunkt zu reduzieren begannen, als

27 Dabei gibt schon die Begriffsgeschichte Aufschluss über die diskriminierende Perspektive derer, die den Begriff für die Bezeichnung von Kleinbäuer_innen aus Córdoba verwenden: Als chilapo bezeichneten zunächst Holzfäller_innen aus Córdoba die Reste von Baumstumpfen, die sie nicht verwendeten und die damit überflüssig waren. Die ‚Paisas‘ wiederum bezeichnen mit ‚Chilapo‘ die Kleinbäuer_innen aus Córdoba selbst (Vgl. Molano und Ramírez 1996, 23).

28 Die Bezeichnung ‚Negro‘ hat im kolumbianischen Sprachgebrauch eine ähnlich rassistische Konnotation wie das N-Wort im deutschen Sprachgebrauch.

29 Für eine umfassende Analyse der Bilder, Vorstellungen und Repräsentationen, die die antioquiense Bevölkerung von sich selbst und von der Region Urabá hatte, und der Art und Weise, wie sich diese auf die antioquiense Besiedlung dieser Region auswirkten, siehe Steiner (2000).

30 ‚Colonos‘ werden die Kleinbäuer_innen genannt, die sich in ländlichen, vermeintlich unbewohnten und noch nicht landwirtschaftlich genutzten Gebiete ansiedeln, diese dann ur- und fruchtbar machen und so die landwirtschaftlich genutzte Fläche (frontera agrícola) ausweiten.

zunehmend organisierte und politisierte Akteure die unterschiedlichen Konfliktinteressen zu kanalisieren versuchten (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 55–59).

Die Heterogenität der diversen Bevölkerungsgruppen im Urabá, mit sehr unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründen, ökonomischen Subsistenzweisen und politischen Zugehörigkeiten zeigte sich in konkurrierenden Vorstellungen und Praktiken bzgl. der ökonomischen Land- und Ressourcennutzung sowie der politischen und sozialen Organisation und öffentlichen Kontrolle in der Region, die sich teilweise ablösen, ergänzten, überlagerten oder vertrieben, ohne von staatlichen Institutionen im Sinne eines gesellschaftlichen Gemeinwohls reguliert zu werden (Vgl. Uribe de H. 1992, 77).³¹ Unterschiedliche Autor_innen sind sich darüber einig, dass sich die Entwicklung der systematischen Gewalt der vergangenen 60 Jahre in dieser Region an Konflikten um den Arbeitskampf in der Agrarindustrie, um die Entwicklung städtischer Siedlungen, um den Besitz und die Nutzung von Land sowie um die Kontrolle der Region durch verschiedene bewaffnete Akteure entzündete, wobei der letzte Konflikt die vorherigen mit fortschreitender Zeit überlagerte (Aramburo Siegert 2013; Beltran 1996; Botero Herrera 1990; García 1996; Ortiz Sarmiento 2007; Ramírez Tobón 1997; Uribe de H. 1992). Auch wenn für das Verständnis der Entwicklungen in San José de Apartadó insbesondere die letzten beiden Aspekte relevant sind, werde ich im Folgenden aus Gründen der Vollständigkeit alle Konflikte ausführen. Einerseits erlaubt dies einen vielfältig informierten Blick auf das Agieren staatlicher Akteure in der Region und andererseits ist die Entwicklung der politischen Gewalt im Urabá ohne eine Betrachtung aller vier Aspekte m.E. nicht nachzuvollziehen.

Arbeitskampf in der Agrarindustrie

Generell fand der Arbeitskampf im Urabá auf zwei Ebenen statt: Einerseits klassisch zwischen den Arbeiter_innen, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpften, und den Unternehmer_innen, die die gewerkschaftliche Organisation mit allen Mitteln verhindern wollten. Andererseits aber, und das ist vielleicht eher ungewöhnlich, zwischen verschiedenen Gewerkschaften mit unterschiedlichen politischen Zugehörigkeiten, die sukzessive von den Guerillas EPL und FARC³² unterlaufen wurden. Obwohl die Arbeitsbedingungen in der Bananenindustrie, die Anfang der 1960er ihren großen Boom erlebte, alles andere als fair waren, konsolidierten sich gewerkschaftliche Organisationen erst mit einer Verzögerung von etwa zehn Jahren.³³ Zwar waren die Löhne im Vergleich

31 Für eine detailliertere Analyse des Agierens einzelner staatlicher Institutionen im Urabá zwischen 1960 und 1990 siehe Botero Herrera (1990).

32 Das ‚Ejército Popular de Liberación‘ und die ‚Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia‘ werden in diesem Kapitel weiter unten im Abschnitt ‚Bewaffneter Konflikt‘ detaillierter vorgestellt.

33 In den zehn Jahren von 1964 bis 1974 gründeten sich im Urabá laut Botero 13 Gewerkschaften in unterschiedlichen Gewerben wie Holzzabbau, Palma Africana, Dienstleistungen, Transport etc. Zu den beiden wichtigsten und größten gehörten zwei Gewerkschaften im Bananensektor, das 1964 gegründete ‚Sindicato de Trabajadores de la Industria del Banano‘ (*Sintrabanano*) und das 1972 gegründete ‚Sindicato de Trabajadores Agropecuarias de Antioquia‘ (*Sintagro*). Da den 31 Gründungsmitgliedern von *Sintrabanano* sofort gekündigt wurde, nahm die Gewerkschaft ihre Arbeit erst im Jahr 1967 auf (Vgl. Botero Herrera 1990, 156–61).

zu anderen landwirtschaftlichen Sektoren gut (die Lebenshaltungskosten im Urabá allerdings auch höher), aber die Arbeitszeit belief sich auf bis zu 18 Stunden täglich an sieben Tagen die Woche. Es gab weder Formen sozialer Absicherung noch eine öffentliche Instanz der Arbeitsinspektion. Die Lebensbedingungen und die Grundversorgung auf den Plantagen waren prekär, und jede Form von Auflehnung wurde entweder von mit Hunden, Macheten oder gar Pistolen bewaffneten Vorarbeiter_innen oder von den Plantagenbesitzer_innen mit kollektiven Kündigungen oder selektiven Morden beantwortet (Vgl. García 1996, 104–6, 123; Ortiz Sarmiento 2007, 94–95). Diese Anfangsperiode war charakterisiert durch eine starke Fragmentierung und heterogene politische Orientierung der Gewerkschaften sowie durch die unerbittliche Opposition der Unternehmer_innen und das ambivalente Agieren staatlicher Institutionen. Da die Bananenarbeiter_innen zunächst auf den Plantagen lebten³⁴ und jede Belegschaft individuelle Arbeitsvereinbarungen mit ihren Plantagenbesitzer_innen traf, war eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit über verschiedene Plantagen hinweg schwierig sowie die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten durch die Unternehmer_innen einfach (Vgl. Uribe de H. 1992, 190–94).

Die meisten Plantagenbesitzer_innen waren erfahrene Unternehmer_innen, die die Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeiter_innen gekannt haben mussten, weshalb Uribe de H. ihre absolute Verweigerung gegenüber deren Forderungen durch den Ruf Urabás erklärt, ein rechtsfreier Raum zu sein (Vgl. Uribe de H. 1992, 195). Die meisten Plantagenarbeiter_innen hingegen hatten keine Erfahrungen in arbeitsrechtlichen Verhältnissen, da sie überwiegend aus dörflichen und kleinbäuerlichen Verhältnissen kamen. Zu den ersten Arbeitsstreiks kam es erst im Jahr 1970. Obwohl die gewerkschaftlichen Aktivitäten und auch die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter_innen in den 1970er Jahren sehr gering war, noch im Jahr 1979 existierte nur auf 18% aller Bananenplantagen eine gewerkschaftlich organisierte Belegschaft (Vgl. Botero Herrera 1990, 169), stigmatisierten die Unternehmer_innen die Gewerkschaften als kommunistische Bedrohung für die ganze Region. So nahm Mitte der 1970er Jahre nicht nur die Verfolgung einzelner Gewerkschaftler_innen in Form selektiver Kündigungen und Morde drastisch zu, einige Arbeitskämpfe eskalierten geradezu mit Folgen für die ganze Region. Als bspw. die Gewerkschaft *Sintagro* im Jahr 1976 Arbeitsforderungen (sogenannte ‚pliegos de peticiones‘) an das kolumbianisch-holländische Agrar-Unternehmen *Col-desa* stellte und mit Streik drohte, übernahm kurzerhand das kolumbianische Militär die Kontrolle ihrer Plantagen und zwang die Arbeiter_innen dazu, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Die Gewerkschaftsführung musste daraufhin die Region verlassen, was wiederum die Guerilla EPL veranlasste einzugreifen, indem sie einen Funktionär des Unternehmens tötete (Vgl. Botero Herrera 1990, 163–64). Da dieser Arbeitskampf in einem Kontext sich verschärfender ländlicher und städtischer Konflikte sowie offensiver auftretender Guerillabewegungen eskalierte, beschloss die nationale Regierung die Re-

34 Bis Ende 1970er Jahre lebten etwa 90% der Bananenarbeiter_innen auf den Plantagen (Vgl. Botero Herrera 1990, 81). Die Lebensumstände auf diesen schwankte stark in Abhängigkeit von den jeweiligen Besitzer_innen (Vgl. Uribe de H. 1992, 176).

gion zu militarisieren und setzte Militärbürgermeister³⁵ in den Städten ein (Vgl. Uribe de H. 1992, 193–200). Dies war insofern kein administratives Problem, da die Bürgermeister_innen bis zum Jahr 1986 von der nationalen Regierung bestimmt und nicht gewählt wurden.

Staatliche Institutionen waren also in diesen Arbeitskämpfen nicht abwesend, sie griffen allerdings nicht regulierend oder zwischen den Gewerkschaften und Unternehmen vermittelnd ein, sondern waren von privatwirtschaftlichen Interessen kooptiert (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 71–73). Ihr Agieren trug eher zur Schwächung der Gewerkschaften bei, entweder durch die gerade beschriebene wiederholte Militarisierung von Plantagen oder durch Versuche, die Gewerkschaftsführungen unter die Kontrolle politischer Parteien zu stellen. Da die staatlichen Institutionen damit nicht nur die Legitimität der gewerkschaftlichen Existenz und ihrer Interessen unterliefen, sondern ihnen auch den Schutz versagten, verloren die Gewerkschaften Ende der 70er massiv an Mitgliedern.³⁶ Die verbliebenen Gewerkschafter_innen agierten in der Klandestinität weiter und fanden in den an Einfluss gewinnenden Guerillas Schutz und Unterstützung für ihre Interessen (Vgl. Uribe de H. 1992, 193–200).

In den 1980er Jahren erlebten die Gewerkschaften im Urabá ein Wiedererstarken, obwohl die politische Gewalt in der Region und insbesondere auch die gegen jene gerichtete in diesem Jahrzehnt anhielt, wenn nicht gar zunahm. Insbesondere der Waffenstillstand zwischen verschiedenen Guerillas und der Regierung Betancur im Jahr 1984 schaffte für einen kurzen Zeitraum ein beruhigtes Ambiente für das gewerkschaftliche Engagement (Vgl. Beltrán 1996, 78–79; García 1996, 123–26). Außerdem änderten die Gewerkschaften ihre Strategie: Sie verhandelten nun nicht mehr mit jeder Plantage individuelle Arbeitsvereinbarungen aus, sondern trafen kollektive Vereinbarungen mit dem gesamten Bananensektor, was die einzelnen Belegschaften weniger angreifbar machte. Da die Arbeiter_innen mittlerweile nicht mehr auf den Plantagen wohnten³⁷, konnten ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten von den Plantagenbesitzer_innen auch nicht mehr kontrolliert werden, was zu einer Welle von Neueintritten in die Gewerkschaften führte. Im Jahr 1987 hatten 87% der Plantagen eine gewerkschaftlich organisierte Belegschaft, was 85% der Bananenarbeiter_innen der Region entsprach (Vgl. Botero Herrera 1990, 169).

35 Militärbürgermeister, darunter waren tatsächlich keine Frauen, waren Offiziere der kolumbianischen Armee, die in besonders umkämpften Zonen als Bürgermeister eingesetzt wurden.

36 Die Zahl der Mitglieder von *Sintrabanano* bspw. sank von 1.500 im Jahr 1970 auf 400 im Jahr 1977 (Vgl. Botero Herrera 1990, 163).

37 Ab Mitte der 1980er Jahre lebten 70% der Bananenarbeiter_innen in den Städten (Vgl. Botero Herrera 1990, 81). Die Umsiedlung der Arbeiter_innen war nur eine von verschiedenen Veränderungen im Bananensektor, die in den 80er Jahren ihren Höhepunkt fanden. So wurde bspw. in den 70er Jahren die Bananensorte Gros Michel durch die Cavendish und der Transport der ganzen Staude durch den Export in Kisten ersetzt, was eine Reihe agrartechnischer Anpassungen (bspw. Bewässerung, Düngung, Ernte) und weitere Produktionsschritte (bspw. Verpackung) mit sich brachte. Des Weiteren zogen sich mit der Gründung verschiedener kolumbianischer Kommerzialisierungs- und Exportunternehmen, wie ‚Uniban‘ im Jahr 1969, ‚Banacol‘ im Jahr 1981 und ‚Proban‘ im Jahr 1983, die internationalen Bananenunternehmen *Frutera de Sevilla* (*United Fruit Company*) und die seit 1977 in der Zone aktive *Standard Fruit Company* aus dem Urabá zurück (Vgl. Botero Herrera 1990, 100–108).

Dieses Wachstum erfolgte trotz heftiger Stigmatisierungen der Gewerkschaften. Die Unternehmer_innen wurden nicht müde, die Radikalisierung der Gewerkschaften, ihre vermeintlichen politischen und nicht arbeitsrechtlichen Forderungen sowie ihre mutmaßliche oder tatsächliche Beeinflussung durch verschiedene Guerillas zu denunzieren. In der Tat wurde der Arbeitskampf Mitte der 1980er Jahre vom bewaffneten Konflikt überlagert. Die um die Kontrolle der Region konkurrierenden Guerillas unterstützten verschiedene Gewerkschaften (die FARC unterstützte die kleinere *Sintrabanano* und die EPL die größere *Sintagro*)³⁸, die die Belegschaften unterschiedlicher Plantagen vertraten, so dass, als die Rivalität der Guerillas in eine offene militärische Konfrontation umschlug, mehrere Morde und Massaker unter Arbeiter_innen der verschiedenen Gewerkschaften begangen wurden (Vgl. Botero Herrera 1990, 176–80). In dieser als ‚guerra sindical‘ (Vgl. Botero Herrera 1990, 176–80) oder ‚guerra intersindical‘ (Vgl. García 1996, 132–38) bekannten Auseinandersetzung verloren zwischen 1985 und 1987 angeblich mehr Gewerkschaftler_innen ihr Leben als durch die Verfolgungen im Rahmen des Arbeitskampfes (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 101). Neu ist in dieser Zeit, dass staatliche Institutionen zaghaft zu vermitteln versuchten: So lud das Arbeitsministerium im Jahr 1985 zu einer Dreiparteien-Kommission ein, bestehend aus regionalen Behörden, der Unternehmer_innen-Vertretung AUGURA³⁹ und Gewerkschaften, die neben allerhand Erklärungen die Einrichtung einer öffentlichen Arbeitsinspektion für die Bananenplantagen beschlossen, die es bis dahin nicht gegeben hatte⁴⁰ (Vgl. Botero Herrera 1990, 149–51). Als im Jahr 1987 über 140 Arbeitsvereinbarungen mit Plantagen ausliefen, woraufhin bei Protesten mehrere Gewerkschaftler_innen ermordet und Produktionsinstallationen mehrerer Plantagen zerstört wurden, intervenierte das Arbeitsministerium direkt, wodurch mit über 170 Plantagen neue Vereinbarungen erlangt wurden (Vgl. Uribe de H. 1992, 201–4).

Trotz dieser staatlichen Interventionen sank die Gewalt zwischen und gegen die Gewerkschaftler_innen nicht. Im Gegenteil, im Jahr 1988 kam es zu mehreren Morden an Gewerkschaftler_innen, drei Massakern an Bananenarbeiter_innen auf den Plantagen und einem Generalstreik. Auch diese Streiks wurden radikaler ausgetragen. Als während des Generalstreiks die Installationen mehrerer Bananenplantagen sabotiert

38 Wie groß der Einfluss der beiden Guerillas auf die Gewerkschaften tatsächlich war, darüber gehen die Meinungen auseinander. García argumentiert, dass, nachdem es weder die nationalen Gewerkschaften noch die lokalen Unternehmen in 20 Jahren geschafft hätten, die berechtigten Interessen der Arbeiter_innen zu vertreten oder anzuerkennen, die Guerillas die ersten gewesen seien, die die Arbeiter_innen in starken lokalen Gewerkschaften organisiert hätten (Vgl. García 1996, 127).

39 Die ‚Asociación de Agricultores y Ganaderos de Urabá‘ (AUGURA) wurde 1963 als Interessenvertretung von 43 Bananenunternehmer_innen gegründet. Als Organisation macht sie eine ähnliche Entwicklung durch wie die Gewerkschaften. Nachdem 20 Jahre dem Gremium kaum Bananenproduzent_innen beigetreten sind, nahm die Zahl ihrer Mitglieder 1985 schlagartig zu. Sie änderte 1986 ihren Namen (allerdings nicht ihre Abkürzung) in ‚Asociación de Bananeros de Colombia‘ und wurde zum wichtigsten Gremium der Bananenindustrie sowie zur akzeptierten Verhandlungspartnerin für die Regierung und die Gewerkschaften (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 93–94).

40 Sie sollte auch erst vier Jahr später zum ersten Mal besetzt werden, da aus Angst, ermordet zu werden, vorher niemand diesen Posten annehmen wollte (Vgl. Botero Herrera 1990, 167).

und zerstört wurden, entzog das Arbeitsministerium den Gewerkschaften des Bananensektors (*Sintrabanano* und *Sintagro*) kurzerhand ihre Lizenzen. Dies hatte für die Arbeiter_innen insofern einen positiven Effekt, da es zu einer Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Tätigkeiten und zu einer Beendigung ihrer Rivalität führte (Vgl. García 1996, 137). Die beiden Gewerkschaften fusionierten in eine neugegründete Gewerkschaft (*Sintrainagro*), in der sich fortan die Mehrheit der Bananenarbeiter_innen organisierte. *Sintrainagro* nahm im Jahr 1989 ihre Arbeit mit einem Generalstreik auf, an dem sich 18.000 Arbeiter_innen beteiligten, die die Bananenzone für zwei Tage lahmlegten (Vgl. Uribe de H. 1992, 204–12; Beltran 1996, 52–54).

Insgesamt konsolidierte und vereinheitlichte sich die gewerkschaftliche Bewegung am Ende der 1980er Jahre. Unter dem Einfluss anderer politischer Organisationen der Zone, wie bspw. der beiden Guerillas FARC und EPL oder auch der *Unión Patriótica*, stärkte sich ihre politische Organisation. Da die Arbeiter_innen nun auch in den Städten lebten, erlangten die Gewerkschaften Einfluss auf andere soziale Bewegungen und es entwickelten sich solidarische Beziehungen zu anderen Organisationen, die sich gegenseitig in ihren Anliegen unterstützten. Obwohl die Unternehmer_innen schon seit den 1960er Jahren behaupteten, dass die Gewerkschaften der verlängerte Arm der Guerilla sei (Vgl. García 1996, 119–21), gewann die Guerilla erst in den 1980er Jahren Einfluss (Vgl. Uribe de H. 1992, 212–13). Mit der Fusion der vorher rivalisierenden Gewerkschaften Ende der 1980er, der Demobilisierung der EPL-Guerilla Anfang der 1990er und der vertrauensschaffenden Fortsetzung direkter Verhandlungen zwischen der Unternehmer_innen-Vertretung AUGURA und *Sintrainagro* im Jahr 1991 und 1992, lösten sich die Konflikte um die Arbeitsbedingungen im Bananensektor nicht auf. Aber die Gewalt als Austragungsmittel in diesem nahm soweit ab, dass der Präsident von AUGURA im Jahr 1993 nicht mehr von Arbeitskampf, sondern Arbeitsfrieden sprach (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 56–60, 63). Die Bananenproduzent_innen wurden allerdings weiterhin das Ziel von Erpressungen, Schutzgeldforderungen und Entführungen durch die FARC. Mitte der 1990er Jahre wurden die Plantagen wieder zu einem Schauplatz des bewaffneten Konflikts, als paramilitärische Gruppen sich vornahmen, die Dominanz der FARC in der Region zu schwächen und begannen, deren Unterstützer_innen unter den Bananenarbeiter_innen zu verfolgen. Bemerkenswert ist, dass die paramilitärischen Gruppen die Gewerkschaft *Sintrainagro* unter ihre Kontrolle stellten, während sie sich gleichzeitig bei den Bananenproduzent_innen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Plantagen einsetzten, was ihre Sympathie unter den Bananenarbeiter_innen steigerte und neue gesellschaftliche Loyalitätsbeziehungen hervorbrachte (Vgl. Romero Vidal 2003, 99–134).

Städtische Konflikte

Vor der agrarökonomischen Entwicklung in den 1960er Jahren gab es im Urabá nur drei urbane Konglomerate (Turbo, Chigorodó und Mutatá), die juristisch-administrativ als Städte galten, allerdings keine urbanen Lebensräume darstellten, sondern eher als Anlaufpunkte für die auf dem Land zerstreut lebenden Siedler_innen dienten. Die Entwicklung der Bananenindustrie löste einen massiven und für eine noch wenig besiedelte Region untypischen Urbanisierungsprozess aus: Einerseits, weil sich die Bana-

nenproduzent_innen für ihre Plantagen fruchtbare Ländereien in der zentralen Ebene des Urabás aneigneten, indem sie die dort lebenden Kleinbäuer_innen verdrängten und andererseits, weil die agrarökonomische Entwicklung zu einer erhöhten Zuwanderung von Arbeiter_innen und Gewerbetreibenden in die Region führte (Vgl. García 1996, 55–59; Parsons 1996, 134). Dieser Urbanisierungsprozess, bei dem die existierenden Städte massiv wuchsen und neue Städte entstanden, wie bspw. Apartadó und Carepa, wird als chaotisch beschrieben (Vgl. Botero Herrera 1990, 41–69; Uribe de H. 1992, 174–75). Erstens entstehen diese Städte bzw. deren Viertel überwiegend durch spontane Landbesetzungen⁴¹, denen keine Stadtplanung oder eine Idee städtischer Entwicklung durch lokale Administrationen vorausging (Vgl. García 1996, 66–68). Zweitens zogen nun auf sehr engem Raum sehr heterogene Bevölkerungsgruppen zusammen, die auf Grund ihrer unterschiedlichen sozio-kulturellen Hintergründe ganz verschiedene Vorstellungen von der Nutzung öffentlicher Räume, von der Konstruktion der Viertel und Häuser sowie von der Form nachbarschaftlicher Verhältnisse hatten und deren lokale Zugehörigkeit sowie deren Zusammenhalt untereinander wenig ausgeprägt war (Vgl. Uribe de H. 1992, 174–76). Und drittens waren die staatlichen und institutionellen Antworten auf die Forderungen der neuen Stadtbewohner_innen nach Land, Wohnraum und öffentlicher Grundversorgung nicht inexistent, sondern sie kamen verzögert, unkoordiniert und planlos (Vgl. Botero Herrera 1990, 54–69).

Nachdem die Bananenproduzent_innen diese Urbanisierungsprozesse durch die Verdrängung von Kleinbäuer_innen mit angestoßen hatten⁴², traten sie bei der weiteren Stadtentwicklung der folgenden Jahre kaum in Erscheinung. Sie selbst lebten nicht in der Region und ihre Arbeiter_innen wurden zunächst in Camps auf den Plantagen untergebracht, innerhalb derer sie für eine rudimentäre Grundversorgung (Unterkunft, Nahrung, Gesundheit, kleine Läden) sorgten. Den Zugang zu den für sie notwendigen Produktionsmitteln, Land und Arbeitskraft, sicherten und verwalteten sie privat, weshalb ihre Bereitschaft, Gelder in die öffentliche Infrastruktur zu stecken oder Steuern zu zahlen, sehr gering war. Ende der 1970er Jahre wurden bis zu 70% der Steuern hinterzogen, die Bananenunternehmer_innen hätten zahlen müssen wie bspw. die Grundsteuer. Von anderen Steuern, wie bspw. für Handel und Industrialisierung, war die Bananenindustrie, mit dem Argument, die Banane werde nicht industriell verarbeitet, befreit (Vgl. Botero Herrera 1990, 115–17). Mit eigenen Läden, in denen sich die Belegschaft versorgen musste, existierte die Bananenindustrie in einer Art Enklave und war nicht in die regionale Ökonomie oder die städtischen Märkte integriert (Vgl. Uribe de H. 1992, 176–78).⁴³

Auf Grund ihrer Heterogenität organisierten sich die neuen städtischen Bewohner_innen zunächst eher spontan und in Anbetracht konkreter Bedürfnisse. Häufig bil-

41 Für eine Beschreibung unterschiedlicher Modalitäten von Landbesetzungen siehe García (1996, 59–62).

42 Für eine Schilderung der vielfältigen Varianten dieses Verdrängungsprozesses siehe Botero Herrera (1990, 75–78).

43 Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass nicht nur die agrarindustrielle Ökonomie überwiegend in antioquenischer Hand lag, auch die lokalen Wirtschaftszweige, wie Handel, Transport oder Dienstleistungen, wurden von antioquenischen Kleinunternehmer_innen und Gewerbetreibenden übernommen (Vgl. Uribe de H. 1992, 176–78).

deten sie sogenannte *juntas cívicas* (Bürger_innenräte), in denen sie sowohl Besetzungen zum Erwerb von Land als auch Bürgerstreiks zum Einfordern einer Grundversorgung planten, die sie aber in der Regel wieder auflösten, sobald sie ihre Ziele erreicht hatten. Die Gründung neuer Viertel folgte einem relativ standardisierten Ablauf: Zuerst besetzte eine Gruppe, angeführt von einer *junta cívica* ein Territorium in Nachbarschaft eines bereits existierenden Viertels. Dann versuchten regionale Behörden mit Unterstützung der Polizei das Territorium gewaltsam zu räumen. Just in diesem Moment verhandelten die *juntas cívicas*, teilweise unterstützt von regionalen Politiker_innen⁴⁴, die in den neuen Anwohner_innen ihre zukünftige Wähler_innenbasis sahen, mit den regionalen Behörden ihren Verbleib. War das neue Viertel erst einmal etabliert, organisierten ihre Bewohner_innen weitere Proteste, wie bspw. Besetzungen von Behörden, um eine Grundversorgung mit Elektrizität, Wasser, Bildung und Gesundheit für die neuen Viertel einzufordern (Vgl. Uribe de H. 1992, 178–79). Auf diese Weise entstanden und wuchsen in kürzester Zeit Städte wie bspw. Apartadó, das 1960 nicht mal 100 Häuser umfasste, 1968 zu einem Landkreis erklärt wurde und heute mit ca. 170.000 Einwohner_innen als Zentrum der Region gilt. Wenn die regionalen Behörden auf diese spontane Urbanisierung reagierten, dann lediglich post facto, indem sie die Landbesetzungen akzeptierten oder für eine rudimentäre Grundversorgung sorgten, was in den Augen der urbanen Anwohner_innen die Landbesetzungen und Proteste als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen legitimierte (Vgl. Botero Herrera 1990, 41–43, 50–55).

Die im wörtlichen Sinne postfaktischen Reaktionen der regionalen Behörden lassen sich allerdings nicht mit Unwissen, fehlenden Analysen oder mangelnder Voraussicht erklären und schon gar nicht mit der Abwesenheit von für die ländliche Entwicklung beauftragten staatlichen Institutionen. Im Jahr 1968 wurde mit der ‚Corporación de Desarrollo de Urabá‘ (*Corpourabá*) eigens eine Institution geschaffen, in deren Verantwortung es lag, die entwicklungspolitischen Herausforderungen der Region zu diagnostizieren sowie Entwicklungspläne (Plan de Desarrollo de Urabá) für sie zu erstellen und umzusetzen (Vgl. Aparicio 2012, 206). Auch wenn *Corpourabá* sehr wohl Studien in der Region durchführte, wurde der erste regionale Entwicklungsplan erst im Jahr 1984 auf Initiative der Nationalen Planungsabteilung (Departamento Nacional de Planeación) geschrieben, der dann allerdings nicht umgesetzt bzw. nicht als Orientierung für politische Entscheidungen in der Region genutzt wurde (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 74–79). Uribe de H. weist daraufhin, dass die Vielzahl von Studien über den Urabá, aus der Feder von überwiegend nationalen staatlichen Institutionen, der Region in den 1970er Jahren schon den Ruf eingebracht habe, ‚überdiagnostiziert zu sein‘ (Vgl. Uribe de H. 1992, 179–80; siehe hierzu auch CAJ 1994, 1–3). Zusätzlich charakterisierte sich die öffentliche Unordnung nicht nur durch fehlende Planung, mangelnde Finanzierung und spätes Eingreifen, sondern auch durch sich überschneidende Kompetenzen verschiedener nationaler und regionaler Behörden, mangelnde Koordination zwischen ihnen und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen auf verschiedenen staatlichen Ebenen. So

44 Teilweise wurden Landbesetzungen auch direkt von Politiker_innen angeführt (Vgl. Botero Herrera 1990, 53–54).

kaufte bspw. die *Caja Agraria*⁴⁵ Land und verteilte es, was eigentlich im Aufgabenbereich des *Incora*⁴⁶ lag, oder nationale Programme planten Maßnahmen, die nicht den lokalen Bedürfnissen entsprachen, wie bspw. die Einrichtung von Telefonanschlüssen in Vierteln, die nicht einmal über Elektrizität und Wasser verfügten (Vgl. Botero Herrera 1990, 46–50, 55). Die regionalen Behörden und ihre Mitarbeiter_innen, die nicht aus der Region kamen und die über wenig Ressourcen verfügten, trugen eher zur Schaffung von urbanen Problemen bei, als sie zu lösen (Vgl. Uribe de H. 1992, 179–81). Botero berichtet bspw. davon, wie die verzögerte Einrichtung und fehlende Abstimmung staatlicher Infrastrukturmaßnahmen sanitäre und ökologische Probleme verursachte. So wurden in vielen Stadtvierteln, wenn überhaupt, zunächst Wasserversorgungen eingerichtet – allerdings kam die Abwasserkanalisation mit großer Verzögerung oder gar nicht. Der erhöhte Wasserverbrauch führte zu mehr Abwasser, welches in die Straßen oder Flüsse geleitet wurde und sich bei dem tropischen Klima schnell in einen Hort für Krankheiten verwandelte (Vgl. Botero Herrera 1990, 64). Lediglich die starken Niederschläge während der Regenzeit spülten von Zeit zu Zeit die Straßen sauber (Vgl. García 1996, 63–64).

In der 1980er Jahren änderte sich das urbane Szenario, was einerseits daran lag, dass die städtischen Bewohner_innen mittlerweile ein Gefühl der Zugehörigkeit zum Ort und der Solidarität untereinander entwickelt hatten, und andererseits, dass sie in neu entstehenden politischen Bewegungen wie der *Unión Patriótica* starke Verbündete für ihre Sache fanden, was insgesamt zu einer Politisierung der urbanen Konflikte führte. Hinzu kam, dass die Zahl der Stadtbewohner_innen weiter zunahm, u.a. deshalb, weil die Bananenproduzent_innen, wie oben bereits erwähnt, ihre Arbeiter_innen nicht mehr auf den Plantagen beherbergten, so dass diese nun zu einer neuen städtischen, häufig bereits gewerkschaftlich organisierten Anwohner_innengruppe wurden. Die urbanen Landbesetzungen wurden nun massiver. Große, mit der *Unión Patriótica* sympathisierende, Arbeiter_innenviertel entstanden, wie bspw. im Jahr 1982 Policarpa Salavarrieta in Apartadó (Siehe hierzu García 1996, 96–98), und die Organisation der Anwohner_innen wurde im Vergleich zu den *juntas cívicas* stabiler, politischer und partizipativer. Mit der Annäherung der städtischen Bewohner_innen an politische Organisationen des linken Spektrums, sahen die zur regionalen Elite zählenden Politiker_innen ihre Wähler_innenbasis in Gefahr, was mehr Investitionen in öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur seitens der Behörden zur Konsequenz hatte, aber die grundsätzlichen Mängel in der urbanen Grundversorgung nicht behob (Vgl. Uribe de H. 1992, 184–88).

Diese Politisierung ganzer Viertel führte Anfang der 1990er Jahre dazu, dass sie in dem Gemengelage aus verschiedenen politischen und bewaffneten Gruppen ebenfalls

45 Die 'Caja de Crédito Agrario Industrial y Minero', kurz *Caja Agraria*, wurde 1931 gegründet und ging 1999 in der 'Banco Agrario de Colombia' auf. Sie war eine staatliche Bank für ländliche Regionen bzw. deren Entwicklung und während der 1960er und 70er Jahre tatsächlich in vielen ländlichen Regionen präsent (Vgl. El Tiempo 2007).

46 Das 'Instituto Colombiano de Reforma Agraria', kurz *Incora*, hatte die Aufgabe Land für Landlose zugänglich zu machen. Siehe hierzu auch den weiter unten folgenden Abschnitt zu Konflikten um Land.

zu Schauplätzen der politischen Gewalt wurden. Zunächst betrat mit der Demobilisierung der Guerilla EPL und ihrer Umwandlung in die zivile politische Partei ‚Esperanza, Paz y Libertad‘ (zivile EPL) ein weiterer politischer Akteur die regionale Bühne, der Interesse an der Unterstützung durch eine lokale Wähler_innenbasis hatte. Die zivile EPL unterstützte ebenfalls urbane Landbesetzungen, war an Viertelgründungen beteiligt und machte linken Parteien wie der *Unión Patriótica* Konkurrenz. Diese Konkurrenz ging so weit, dass sich städtische Zellen der FARC, die sogenannten ‚milicias bolivarianas‘, und Fraktionen, die sich zum Schutz ziviler EPL-Mitglieder wiederbewaffnet hatten, die sogenannten ‚comandos populares‘, gegenseitig bekämpften⁴⁷, was seinen Höhepunkt in einem Massaker im Jahr 1994 fand, bei dem ‚milicias bolivarianas‘ in dem von der zivilen EPL gegründeten Viertel ‚La Chinita‘ 35 Menschen umbrachten (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 122–23).⁴⁸ Mit den paramilitärischen Gruppen, die ab 1995 die Kontrolle der Städte zu erobern versuchten, verwandelte sich der städtische Raum nicht nur zu einem Austragungsort des bewaffneten Konflikts, sondern es verschärfte sich auch die städtischen Konflikte um mangelnden Wohnraum und die Grundversorgung, da in Folge massiver Vertreibungen auf dem Land, die Bevölkerung in den urbanen Zentren wuchs (Vgl. García und Aramburo Siegert 2011, 391–94).

Konflikte um Land

Wie im Abschnitt über die Geschichte des Urabás in der ‚longue durée‘ bereits gezeigt: Seitdem Menschen in die Region Urabá kommen, ziehen sie zunächst in bereits bewohntes Territorium, weshalb Konflikte um Land, bzw. um dessen Besitz und Nutzung, eine Art Konstante in der regionalen Geschichte darstellen. Jene intensivierten sich einerseits mit dem Anstieg der Bevölkerungsgröße und andererseits mit einer entweder fehlenden oder mehrfachen Titulierung von Land durch unterschiedliche nationale und regionale Institutionen, die so oder so keine Rechtssicherheit bot. So war es eine gängige Praxis, dass diverse nationale, unterschiedliche bundesstaatliche (Antioquia oder Chocó) und regionale Regierungen dasselbe Stück Land sowohl für öffentliche Bauten als auch unterschiedlichen Anwohner_innen oder Händler_innen sowie extraktivistischen Unternehmer_innen oder Agrar- bzw. Strafkolonien zur Verfügung stellten, obwohl es häufig bereits bewohnt war (Vgl. Parsons 1996, 65–68; Uribe de H. 1992, 155). In den 1960er Jahren nahm, dem eben skizzierten entsprechend, sowohl die Konkurrenz um Land als auch die Konzentration von Land infolge der Verdrängung und Vertreibung von Indigenen und Kleinbäuer_innen durch antioquenische Unternehmer_innen aus der fruchtbaren Bananenzone in die urbanen Zentren oder ländlichen Gebiete zu (Vgl. Aramburo Siegert 2009, 97; García 1996, 42–44). Molano und Ramírez bezeichnen diese Verdrängung als den Höhepunkt einer barbarischen sozio-kulturellen Dynamik, die darin bestand, dass die Indigenen von Afro-Kolumbianer_innen, die Afro-Kolumbianer_innen von ‚Chilapos‘ und die ‚Chilapos‘ letztendlich von den ‚Paisas‘ vertrieben wurden (Vgl. 1996, 22). Charakteristisch für die Zeit ist laut Uribe de H., dass

47 Für einen Überblick über die Vielzahl von illegalen bewaffneten Einheiten, die Mitte der 1990er Jahre im Urabá aktiv waren, siehe CINEP (1995).

48 Zwischen 1991 und 1994 wurden 160 Mitglieder der ‚Esperanza, Paz y Libertad‘ ermordet (Vgl. García und Aramburo Siegert 2011, 319, FN 5).

die staatlichen Behörden wie die Regionalregierung oder das ‚Instituto Colombiano de Reforma Agraria‘⁴⁹ (*Incora*), obwohl mehrfach von den Vertriebenen um Schutz gebeten, in diesen Konflikten nicht vermittelten, und dass die verdrängten Indigenen und Kleinbäuer_innen sich kaum organisierten (Vgl. Uribe de H. 1992, 155–60).

Ändern sollte sich dies in den 1970er Jahren mit der ‚Asociación Nacional de Usuarios Campesinos‘⁵⁰ (ANUC), die zunächst auf Initiative des *Incora* als Interessensvertretung für Kleinbäuer_innen gegründet wurde, die sich aber wegen der Untätigkeit des *Incora*, eine Agrarreform umzusetzen, von diesem distanzierte und daraufhin radikalisierte (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 40–42). Die ANUC fand sehr schnell Rückhalt in der Region und unterstützte die Kleinbäuer_innen bei Protesten und Landbesetzungen, die teilweise zu der Gründung ganzer Dörfer führten, wie bspw. auch zu San José de Apartadó. Die Guerillabewegungen, die zu dieser Zeit die ländlichen Regionen zu kontrollieren begannen, unterstützten die Anliegen der Kleinbäuer_innen. Damit wurden bereits in den 1970er Jahren die Landkonflikte teilweise durch den militärischen Konflikt überlagert, da unter dem Vorwand der Aufstandsbekämpfung das Militär immer wieder gewaltsam gegen Kleinbäuer_innen vorging.⁵¹ Dabei hatte die Radikalisierung der Kleinbäuer_innen weniger mit der Indoktrinierung durch die Guerilla als mit ihren Erfahrungen von Vertreibung und staatlicher Untätigkeit zu tun. Auch wenn die ANUC Ende der 1970er Jahre auf Grund interner Probleme an Einfluss in der Region verlor, hatte ihr Wirken zwei langfristige Folgen: Sie schuf sowohl eine Basis für solidarische Beziehungen zwischen Kleinbäuer_innen unterschiedlicher sozio-kultureller Herkunft als auch eine für die nachhaltige Organisation dieser Kleinbäuer_innen in stabileren Strukturen. Gleichzeitig nahm die Bereitschaft für radikale und gewaltsame Aktionen der an den Landkonflikten beteiligten Akteure zu (Vgl. Uribe de H. 1992, 162–65).

In den 1980er Jahren kam ein neuer Akteur in die Region, der die Landkonflikte verschärfen sollte. Überwiegend aus Antioquia stammende Drogenhändler_innen entdeckten den Urabá für sich. Sie nutzten nicht nur den komparativen Vorteil der Region (geostrategische Lage, historische Schmuggelerfahrung, wenig öffentliche Kontrolle) für ihre Geschäftszweige, sondern investierten auch ihre Gewinne daraus in den Kauf von Land, was die Landknappheit im Urabá noch einmal steigerte und, laut Ortiz Sarmiento, eine faktische Agrar-Gegenreform darstellte (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 37; siehe auch Ramírez Tobón 1997, 48–50). Die Drogenhändler_innen, deren interne

49 Das ‚Kolumbianische Institut für die Agrarreform‘ wurde im Jahr 1961 mit dem Ziel gegründet, den Zugang zu und die Titulierung von Land insbesondere für Kleinbäuer_innen, Indigene und Afro-Kolumbianer_innen zu fördern. Nachdem es eine Agrarreform eher verhindert als ermöglicht hatte, wurde das Institut 2002 aufgelöst. Ihre Aufgaben wurden zwar vom ‚Institut für ländliche Entwicklung‘ (Instituto de Desarrollo Rural – *Incoder*) übernommen, aber ebenfalls nicht umgesetzt.

50 Mit der Gründung der ‚Nationalen Vereinigung bäuerlicher Nutzer‘ versuchten staatliche Behörden, wie das *Incora*, sogenannte kommunistische Einflüsse auf die kleinbäuerliche Bewegung zu kontrollieren und abzuwenden (Vgl. Aparicio 2012, 178).

51 Was die These von Alejandro Reyes Posada unterstützt, laut der die Existenz von Guerillabewegungen in Kolumbien die langfristige Austragung und Aushandlung von Agrarkonflikten unterließ (Reyes Posada 2016).

Diversität das Spektrum von ‚präpotenten Machos‘ bis zu ‚wohltätigen Capos‘ abdeckte, sollten die weitere Geschichte des Urabás nachhaltig prägen: Einerseits ging der Erfolg ihrer illegalen Geschäfte mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft einher, eine Bereitschaft, die sie auch gegenüber anderen sozialen Akteuren in der Region zeigten und die ihren Ausdruck u.a. im Aufbau von Privatarmeen fand, aus denen sich später u.a. die paramilitärischen Gruppen entwickelten. Andererseits erneuerte ihr Lebenswandel das Versprechen des Urabás auf schnellen Reichtum und erfuhr Bewunderung nicht nur bei denen, die gerne an diesem Geschäft teilhaben wollten, so dass sie sich schnell in eine sich noch entwickelnde regionale Elite integrierten, die überwiegend aus antioqueñischen Unternehmer_innen und Politiker_innen bestand, deren sozio-kulturelle Herkunft sie teilten (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 21–40; Uribe de H. 1992, 166). Dabei war der Urabá zunächst nicht als Koka-Anbauregion attraktiv. Drogenhändler_innen erwarben insbesondere Ländereien in der Küstenregion nahe strategisch wichtiger Schmuggelrouten. Sie betrieben auf den Ländereien auch extensive, wenig Arbeitskraft benötigende Viehwirtschaft, über die sie teilweise die Gewinne aus dem Drogenhandel reinwuschen. Die ersten Koka-Pflanzungen wurden im Urabá erst im Jahr 2004 registriert und erst seit dem Jahr 2008 haben sie so stark zugenommen (insbesondere in Tierralta, Córdoba), dass man vom Urabá auch von einer wichtigen Koka-Anbauregion sprechen kann (Vgl. García und Aramburo Siegert 2011, 395–96; Vgl. UNODC 2017, 42).

Bemerkenswert sind die Umstände, die zu den ersten Koka-Pflanzungen im Urabá führten. Sie geben m.E. eindrucksvoll Aufschluss darüber und sind ein Beispiel dafür, wie staatliche Programme der nationalen Regierung von privaten Interessen in den Regionen genutzt werden. Im Jahr 2003 verabschiedete die Regierung unter dem Präsidenten Uribe im Rahmen ihrer Politik der ‚Demokratischen Sicherheit‘ das Programm ‚familias guardabosques‘, das Koka-Bäuer_innen staatliche Unterstützung bei dem Anbau alternativer Produkte anbot, wenn sie ihre Koka-Plantagen zerstörten.⁵² Laut Tenthoff animierten paramilitärische Gruppen, die zu diesem Zeitpunkt gerade ihre Demobilisierung verhandelten, ihre Kämpfer_innen und deren Familien dazu, Koka anzubauen. Sie sollten nach ihrer Demobilisierung als Koka-Bäuer_innen diesem Substituierungsprogramm beitreten und so Zugang zu der staatlichen Unterstützung erhalten (Vgl. Tenthoff 2008). Ein Blick auf die Statistiken über die Größe der Koka-Anbauflächen im Urabá korrespondiert mit dieser Erklärung. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) nimmt der Koka-Anbau im Urabá zwischen den Jahren 2003 und 2005 (Zeitraum der Verhandlung zwischen Regierung und paramilitärischen Gruppen) zunächst zu, fällt dann 2006 (Jahr der Demobilisierung) schlagartig ab und steigt zwischen 2008 und 2010 (Zeitraum, in dem sich neo-paramilitärische Gruppen im Urabá etablieren) wieder an (Vgl. UNODC 2008; 2014).

Die Kleinbäuer_innen der Region sahen in den 1980er Jahren ihre Interessen teilweise durch die an Einfluss gewinnenden Guerillas, aber vor allen Dingen durch die in der Region Wurzeln schlagende *Unión Patriótica* vertreten, eine Organisation, deren politische Ansprüche und Aktionen allerdings weit über die Vertretung der kleinbäuerlichen Interessen hinausgingen. Im Unterschied zur ANUC, die vor allem den Zu-

52 Für eine staatsanthropologische Analyse des Programmes, siehe Bocarejo (2014).

gang zu Land für Kleinbäuer_innen zum Ziel hatte⁵³, verhalf der politische Charakter und die organisatorische Stärke der *Unión Patriótica* den Kleinbäuer_innen dazu, neben den weiterhin stattfindenden Landbesetzungen auch kommerzielle Strukturen in Form solidarischer Ökonomien und Kooperativen zu etablieren und zu entwickeln. Neu ist, dass nun auch vereinzelt Bäuer_innen staatliche Unterstützung bspw. durch das *Incora* oder die holländische Entwicklungszusammenarbeit erhielten. Diese richteten sich aber im Rahmen eines Amnestiegesetzes⁵⁴ aus dem Jahr 1982 insbesondere an Ex-Kombattant_innen von bewaffneten Gruppen, die als Gegenleistung für ihre Demobilisierung Zugang zu Land und Unterstützung bei dessen Bebauung angeboten bekamen. Gleichzeitig begannen sich die verschiedenen indigenen Gruppen des Urabás zu organisieren, deren Land weiterhin von allen anderen Interessensgruppen (Kleinbäuer_innen, Drogenhändler_innen, Viehalter_innen, Minenbetreiber_innen usw.) besetzt wurde und schlossen sich der 1986 gegründeten ‚Organización Indígena de Antioquia‘ (AIO) an (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 50; Uribe de H. 1992, 167–70).

Die Konflikte um Landbesitz und -nutzung in den ländlichen Gebieten Urabás werden allein schon deshalb seit der 1970er Jahren von dem bewaffneten Konflikt überlagert, weil diese Gebiete seit eben diesem Zeitpunkt von den verschiedenen Guerillas kontrolliert werden. Dabei beschränkte sich deren Kontrolle nicht auf das Territorium, sondern sie übernahmen quasi-staatliche Aufgaben, indem sie eine öffentliche Ordnung etablierten, Konflikte regelten und zu einem gewissen Grad für die Bevölkerung sorgten. Einige, allerdings nie alle Kleinbäuer_innen akzeptierten die Guerillas dabei nicht nur als ordnungsgebende Instanz, sondern fanden in ihnen und ihnen nahestehenden Organisationen, wie der *Unión Patriótica*, ab den 1980er Jahren Unterstützer_innen ihrer eigenen Interessen. Diese Nähe hatte zur Folge, dass das kolumbianische Militär die Kleinbäuer_innen nie als Teil der Bevölkerung anerkannte, deren physischer Schutz zu ihren Aufgaben zählte. Die Kleinbäuer_innen wurden von den öffentlichen Streitkräften generell als Sympathisant_innen und Unterstützer_innen der Guerillas angesehen, was sie zunächst zum Ziel der Verfolgung durch das Militär und ab den 1990er Jahren zum Ziel der terroristischen Gewalt durch paramilitärische Gruppen machte (Vgl. Aramburo Siegert 2013, 168–69).

Die Konflikte um den Landbesitz und seine Nutzung bestehen dabei nicht nur bis in die Gegenwart fort, sondern sie haben sich durch den bewaffneten Konflikt noch verschärft, in dessen Folge die Landkonzentration zunahm. Kolumbien gehört mit einem

53 Landbesetzungen fanden allerdings auch unter dem Einfluss der *Unión Patriótica* weiterhin statt, die dabei mit die Unterstützung der FARC rechnen konnte. Im Jahr 1982 entstand das der Guerilla EPL nahestehende ‚Movimiento de Recuperadores de Tierra‘, das bis 1992 für eine ganze Reihe weiterer Landbesetzungen verantwortlich war. Unter anderem besetzte es 1984 die Ländereien von *Coldesa*. Das Konsortium zog sich 1981 aus dem Urabá zurück nachdem drei ihrer Vorstandsvorsitzenden nach einander ermordet worden waren (Vgl. Botero Herrera 1990, 175). Interessant ist, dass im Zuge dieser Besetzung der *Incora* das Land der *Coldesa* abkaufte und an die Besetzer_innen verteilte, die der Guerilla nahe standen, die vermutlich die Vorstandsvorsitzenden von *Coldesa* drei Jahre zuvor ermordet hatte (Vgl. García 1996, 87–89).

54 Das ‚Ley de Amnistía 35/1982‘ wurde von der Regierung Belisario Betancurs während Friedensverhandlungen mit der FARC, ELN, EPL und M-19 im Jahr 1982 verabschiedet. Für Analysen vergangener Friedensverhandlungen siehe bspw. Chernick (2008; 2009) und Nasi (2009).

Gini-Index der Landverteilung von 0,85 zu den Ländern mit der höchsten Ungleichverteilung und Landkonzentration in Lateinamerika – 1,15% der Landbesitzer_innen gehört 52,2% des bebaubaren Landes (Vgl. OECD 2015, 80). Im Urabá haben, laut dem *Incoder*⁵⁵, nur 30% des Landes legale Eigentumstitel (Vgl. García und Aramburo Siegert 2011, 288). In den ländlichen Zonen, in denen überwiegend Kleinbäuer_innen leben, ist dieser Anteil häufig noch geringer: Die Anwohner_innen San José de Apartadó geben an, dass nur etwa 10% ihres Landes legalisiert ist. Im Unterschied zur indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung, deren Ansprüche auf kollektiven Landbesitz und autonome Rechtsprechung in ihren Territorien zumindest formal juristisch garantiert sind,⁵⁶ unterliegt die kleinbäuerliche Lebensweise keinen gesonderten juristischen Garantien (Vgl. García und Aramburo Siegert 2011, 289). Das machte und macht m.E. Kleinbäuer_innen besonders verletzlich und anfällig für die illegale Aneignung von Land, die häufig den gewaltsamen Vertreibungen folgte. Diese illegale Aneignung war eine gängige Praxis paramilitärischer Gruppen während ihrer Eroberung des Urabás in den 1990er Jahren (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 165). Hinzu kommen die rivalisierenden Nutzungsvorstellungen des Landes von unterschiedliche Akteuren. Sowie in den 1960er Jahren, als sich die Bananenindustrie in den fruchtbarsten Zonen des Urabás niederließ und die dort bereits wohnenden Kleinbäuer_innen verdrängte, so sind auch heute Ländereien, die seit 1960 Jahren von Kleinbäuer_innen bewohnt werden, Gegenstand industrieller Ambitionen. Entlang des Río Atrato breiten sich bereits seit den Vertreibungen afrokolumbianischer Gemeinden Ende der 1990er Jahre Plantagen mit der Ölpalme aus.⁵⁷ In der Umgebung San José de Apartadó, in der Serranía de Abibe, wurden bereits Konzessionen für größere Flächen zum Abbau von Kohle vergeben, ohne dass die dort lebenden Kleinbäuer_innen vorher konsultiert wurden.

Bewaffneter Konflikt

Der Umstand, dass sich im Urabá bereits nach den Bürgerkriegen des 19. Jahrhunderts liberale Kombattant_innen zurückgezogen hatten und die Bevölkerung als liberal galt, machte einige ländliche Ecken der Region während der ‚Violencia‘ zu willkommenen Fluchtorten der von konservativen Truppen verfolgten liberalen Guerillas und nach der ‚Violencia‘ zu perfekten Rückzugsorten für diejenigen unter ihnen, die nach der Machtübernahme Rojas Pinillas ihre Waffen nicht abgeben wollten. Ganz offensichtlich besteht im Urabá also bzgl. der liberalen Zugehörigkeit seiner Bewohner_innen eine ge-

55 ‚Instituto de Desarrollo Rural‘ – ‚Institut für ländliche Entwicklung‘.

56 Die Rechte des kollektiven Landbesitzes und der autonomen Rechtsprechung regeln in Kolumbien für die indigene und afrokolumbianische Bevölkerung die Gesetze 70/1993 und 160/1994 sowie die Dekrete 2664/1994 und 2164/1995. Bei der Gelegenheit sei angemerkt, dass die Unterscheidung zwischen Kleinbäuer_innen und indigener sowie afrokolumbianischer Bevölkerung nicht ganz präzise ist, weil sich die eine Bezeichnung auf die Wirtschaftsweise und die andere auf den soziokulturellen Hintergrund bezieht. Tatsächlich bestreiten auch Indigene und Afro-Kolumbianer_innen ihre Subsistenz nicht ausschließlich, aber durchaus auch mit kleinbäuerlichen Produktionsmethoden.

57 Diese umfassten laut Ortiz Sarmiento bereits 2007 eine Fläche von etwa 33.000 ha Land, von denen etwa 25.000 ha in kollektiven Territorien der afrokolumbianischen Bevölkerung liegen (Vgl. 2007, 166).

wisse Kontinuität von den Bürgerkriegen des 19. Jahrhunderts über die konservativ-liberale Konfrontation der 1950er Jahre bis hin zu den Guerillabewegungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Vgl. Roldán 2003, 17–21; Uribe de H. 1992, 235–36).

Da die konservativen ‚Chulavitas‘ oder ‚Pájaros‘ – paramilitärische Gruppen im Dienst der konservativen Partei – während der ‚Violencia‘ (1948–1954) so gut wie nicht in den Urabá vordrangen, kam es auch kaum zu direkten Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den liberalen Guerillas, der sogenannten ‚Chusma‘⁵⁸ (Vgl. Roldán 2003, 275–76). Dafür nahmen sich die konservativen Regierungen in Bogotá und Medellín vor, die Region durch Militärpräsenz zu kontrollieren, weil sie zu Recht annahmen, dass hier die Waffen eingeschmuggelt wurden, die den liberalen Guerillas im Rest des Landes zu Gute kamen (Vgl. Roldán 2003, 221–25). Zu diesem Zweck etablierten sie allerdings keine permanenten Bataillone im Urabá, sondern schickten Militärkontingente aus Medellín oder Cartagena, die nur für eine begrenzte Zeit eingesetzt wurden. Diese Einheiten sahen sich in einem unbekannten Terrain mit Gegner_innen konfrontiert, die in dem weiten und noch zerstreut besiedelten Gebiet schwer aufzuspüren waren und die in einer staatlichen Institutionen skeptisch gegenüberstehenden Bevölkerung unterzugehen schienen. Das Militär griff kurzerhand die Bevölkerung an, der sie unterstellte, Unterstützerin der Schmuggler_innen und der Guerilla zu sein. Mit der Strategie der ‚Verbrannten Erde‘ versuchte es, die Kontakte und die Hilfe durch diese vermeintliche Basis der Guerillas zu zerstören und brannte verschiedene Orte im Zentrum der Region ab, wie bspw. Turbo oder eine Ansammlung von Hütten, an der Stelle wo heute die Stadt Apartadó liegt, was der Grund dafür ist, weshalb ein Viertel Apartadós ‚Pueblo Quemado‘ heißt (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 122–23). Dabei waren, wie Roldán berichtet, die Beziehungen zwischen Militär und lokaler Bevölkerung durchaus divers, heterogen und mitunter nicht so sehr von den politischen als vielmehr von den sozio-kulturellen Zugehörigkeiten geprägt. Da es bspw. zu umständlich war, Soldat_innen von der Militärbasis in Medellín zu schicken, kamen in den Jahren 1948 und 1949 Soldat_innen von der II. Brigade aus Cartagena in den Urabá. Diesen Soldat_innen, mit ihrem karibischen Hintergrund, begegneten die Bewohner_innen des Urabás, die aus den Departments Córdoba und Bolívar hinzugezogen waren, mit Sympathie und Offenheit. Diese ging scheinbar so weit, dass sich der damalige konservative Gouverneur von Antioquia Eduardo Berrío González, als er 1950 etwa 2.000 Waffen von dem US-amerikanischen Hersteller Smith und Wesson kaufte, weigerte diese an die nicht-vertrauenswürdigen Soldat_innen der II. Brigade aus Cartagena auszugeben und damit lieber konservative Privatarmeen ausrüstete (Vgl. Roldán 2003, 223–25). Die antioquenische Xenophobie machte vor und in staatlichen Institutionen nicht Halt.

Das Militär drang während der ‚Violencia‘ aber kaum in die ländlichen Räume vor, in denen sich die liberalen Guerillas tatsächlich zurückgezogen hatten. Einige dieser circa sieben liberalen Guerillas im Urabá erfüllten, bereits eben angesprochene, staatsähnliche Funktionen in den ländlichen Räumen, die sie kontrollierten. Die Guerilla von Juan

58 Diesen Namen haben die Konservativen scheinbar von den spanischen Konquistador_innen übernommen, die damit in den Krieg ziehende Indigene bezeichneten (Vgl. Molano und Ramírez 1996, 17).

José bspw., die in der Serranía de Abibe auf der Seite von Tierralta, Córdoba operierte, unterhielt enge Verbindungen zu den Bäuer_innen, verteilte Land und Werkzeuge, sprach Recht und intervenierte in Konflikten, förderte die Besiedlung der Zone und verteidigte, wenn nötig, die Bevölkerung gegen Angriffe des Militärs (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 106–7; Uribe de H. 1992, 241–43). Eben diese liberale Guerilla von Juan José, unter dem Kommando von Julio Guerra, gehörte zu denjenigen Guerillagruppen, die zwar auf das Amnestiegesetz Rojas Pinillas eingingen und teilweise mit staatlichen Institutionen zusammenarbeiteten⁵⁹, allerdings nie ihre Waffen niederlegten (Vgl. Steiner 2000, 121). Sie organisierte mit den Bäuer_innen ab 1959 eine lokale Gewerkschaft landwirtschaftlicher Arbeiter_innen, in der auch die Kommunistische Partei einen großen Einfluss hatte, weshalb die Großgrundbesitzer_innen der Region und das Militär zunehmend gewaltsam gegen jene vorgingen. Die zunehmende Repression Mitte der 1960er Jahre und der Mord an einem der Gewerkschaftsgründer in Turbo im Jahr 1965 führte zu einer erneuten Radikalisierung der Gruppe um Julio Guerra und zu der Gründung des ‚Ejército Popular de Liberación‘ (EPL) in Juan José. In der zweiten Jahreshälfte von 1965 zog die Gruppe, getarnt als Evangelikale, durch die gesamte Serranía de Abibe und gab vor Bäuer_innen für die Gründung einer Agrarkolonie zu rekrutieren. Ortiz Sarmiento weist in diesem Zusammenhang auf die bemerkenswerte Tatsache hin, dass sich innerhalb der EPL dieselben Asymmetrien zwischen den Personen unterschiedlicher regionaler und sozio-kultureller Herkunft geradezu ‚mimetisch‘ reproduzierten⁶⁰, die die Machtverhältnisse im Urabá prägten. So stammten die Kommandant_innen der EPL überwiegend aus Antioquia, während die Fußsoldat_innen aus Córdoba kamen (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 52).

Im Jahr 1967 trat die ideologisch an den Ideen Mao Tsé Tungs orientierte EPL öffentlich in Erscheinung, etablierte sich in Zonen, in denen anderen liberale Guerillas vormals präsent gewesen waren, und baute ihren Einfluss in den 1970er Jahren zunächst auf den kompletten nördlichen Teil Urabás und später auf andere Teile des Landes aus (Vgl. Uribe de H. 1992, 246–47). In den 1980er Jahren änderte die EPL ihre Strategie und verlagerte den Fokus ihrer Aktivitäten von den ländlichen Zonen in den städtischen Raum und insbesondere in die Zone der Bananenindustrie, indem sie u.a. und wie bereits erwähnt die Gewerkschaft *Sintagro* unterstützte (Vgl. Botero Herrera 1990, 170–72; Ramírez Tobón 1997, 85–87). Nach blutigen Auseinandersetzungen mit der FARC über den Einfluss auf die Gewerkschaften der Bananenzone und einigen militärischen Niederlagen insbesondere gegen paramilitärische Gruppen in Córdoba ging die EPL im Jahr 1989 einen Verhandlungsprozess mit der kolumbianischen Regierung ein (Vgl. Aramburo Siegert 2009, 102; Uribe de H. 1992, 248–49). Dieser mündete 1991 in ihrer Demobilisierung und Umwandlung in eine politische Bewegung namens ‚Esperanza, Paz y Libertad‘, die allerdings nicht einmal in den Regionen und Vierteln,

59 So war bspw. die Zusammenarbeit Julio Guerras mit dem Militär entscheidend für Tötung eines liberalen Guerilleros namens Marcelino Bravo Lopez alias Roncamino im Februar 1958 (Vgl. Steiner 2000, 120–21).

60 Diese Beobachtung Ortiz Sarmientos ähnelt den Beobachtungen, die Bourgois bei der Guerilla in El Salvador gemacht hat, von der er sagt, dass sich die Brutalität der Regierung in der Struktur der Guerilla wiederfinde (Vgl. Bourgois 2001, 11).

die vorher unter der Kontrolle der EPL gestanden hatten, erwähnenswerte Wahlerfolge erzielen konnte (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 136–46). Dies lag vor allem auch an der mangelhaften und verzögerten Umsetzung der staatlichen Wiedereingliederungsmaßnahmen der ehemaligen Kombattant_innen und der Verfolgung dieser durch noch aktive Guerillas (sowohl der FARC als auch EPL-Dissidenten) in der Zone, was zur Konsequenz hatte, dass sich viele ehemalige Kämpfer_innen der EPL in den 1990er Jahren paramilitärischen Gruppen anschlossen (Vgl. CINEP 1995, 33).

Über den Beginn der regionalen Präsenz der ‚Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia‘ (FARC) existieren zwei Versionen, die sich nicht zwingend ausschließen: Laut der ersten gründete die FARC 1969 ihre 5. Front in einem, ebenfalls von ehemaligen liberalen Guerillas kontrollierten, Gebiet namens Camparrusia im südlichen Teil Urabás im Landkreis Dabeiba, wobei unklar ist, inwieweit eben diese ehemaligen liberalen Guerilleros daran beteiligt gewesen waren oder inwiefern FARC-Kämpfer_innen zu diesem Zweck aus anderen Teilen des Landes her gesandt worden waren. In dieser Version baute die FARC ihre Präsenz Mitte der 1970er in Richtung Norden aus und installierte auch eine Basis in der Serranía de Abibe, in den Weilern von San José de Apartadó (Vgl. García 1996, 139–44; Uribe de H. 1992, 249–51). Laut der zweiten Version suchte die FARC 1973 die ländliche Zone um San José de Apartadó für den Aufbau ihrer 5. Front aus, weil dieser Standort einen leichten Zugang in andere Landesteile (Nord-Urabá, Bananenzzone, Córdoba, Bajo Cauca, Nudo de Paramillo, südlicher Teil der Serranía de Abibe) bot und die Kommunistische Partei unter ihrer Bevölkerung bereits einen hohen Zuspruch hatte. Laut dieser Version bestand die 5. Front zunächst aus nicht mehr als vier Personen, die innerhalb der ersten Monate auf gerade einmal 12 Kämpfer_innen anwuchs und sich erst 1977 über den Norden und Süden Urabás ausbreitete (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 132–34). Diese Version passt allerdings zeitlich nicht zu der ersten militärischen Aktion, die der FARC in der Region zugeschrieben wird, bei der bereits 1972 vier Polizist_innen in San Pedro de Urabá getötet und die *Caja Agraria* überfallen wurde (Vgl. Botero Herrera 1990, 175; García 1996, 268; Ramírez Tobón 1997, 103). Wie auch immer, Einigkeit herrscht darüber, dass die pro-sowjetische FARC sich Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre auf den Ausbau ihrer territorialen Kontrolle im Urabá und nicht so sehr auf militärische Angriffe konzentrierte. Sie etablierte in den von ihr kontrollierten Zonen eine öffentliche Ordnung, vermittelte in Konflikten, übernahm juristische Funktionen und schuf sich so eine soziale Basis in der Bevölkerung (Vgl. Aramburo Siegert 2009, 100).

Zur Kontrolle des weitläufigen Territoriums gründete die FARC ab 1985 weitere Fronten (bspw. die 34. Front im Chocó oder die 58. Front in der Serranía de Abibe), die aber alle dem Kommando der 5. Front unterstellt blieben. Mit dem Eindringen in den Nordosten Urabás und in die Bananenzzone, die bereits unter dem Einfluss der Guerilla EPL standen, eskalierte die Rivalität der beiden Guerillas. Darüber hinaus wurden nun insbesondere Unternehmer_innen und Großgrundbesitzer_innen zum Objekt von illegalen Besteuerungen, Entführungen und Schutzgelderpressungen (Vgl. Aramburo Siegert 2009, 100). Mit der Demobilisierung der EPL 1991 stärkte sich zunächst die Position der FARC. Sie war mit vier Fronten und mehr als 600 Kämpfer_innen in der Region vertreten, wobei die 5. Front den Ruf hatte, eine der aggressivsten zu sein. Mitte der 1990er Jahre wurde die FARC in die Defensive gedrängt und musste ihre territoriale Kontrolle

vor den vom Norden (ehemaliges EPL-Gebiet) eindringenden Paramilitärs verteidigen, wobei sie dabei auch gezielt Bäuer_innen angriff, die die Paramilitärs unterstützten (Vgl. Beltran 1996, 72–76).

Die 1980er Jahre stellen aus zwei Gründen eine erste Zäsur des bewaffneten Konflikts im Urabá dar. Erstens hatte ein Waffenstillstand 1984, der im Rahmen von Friedensverhandlungen zwischen der Regierung Belisario Betancurs und verschiedenen Guerillas beschlossen wurde, paradoxerweise zunächst einmal die Erstarkung der Guerillas EPL und FARC in der Region zur Konsequenz (Vgl. Botero Herrera 1990, 175; Uribe de H. 1992, 249–51). Zeitlich ging dies einher mit der Entscheidung beider Guerillas, ihren Kampf aus den ländlichen Zonen in die Städte und in die Bananenzonen zu tragen. Während der Waffenstillstand die Aktionen des Militärs gegen die Guerillas einschränkte, erlaubten die Friedensverhandlungen die Entstehung neuer politischer Bewegungen wie bspw. der *Unión Patriótica* und den Ausbau des Einflusses der bewaffneten Gruppen auf gewerkschaftliche, urbane und bäuerliche Bewegungen (Vgl. García 1996, 145–48). Bei dem Versuch, ihren bewaffneten Kampf aus den von ihnen kontrollierten ländlichen Zonen in die städtischen und gewerkschaftlichen Räume zu tragen, begegneten die beiden Guerillas als Gegner_innen vor allen anderen erst einmal sich gegenseitig. Diese Begegnung hatte, wie im Abschnitt zu städtischen Konflikten und Arbeitskampf bereits angedeutet, in den Jahren von 1985 bis 1988 blutige und zerstörerische Folgen und dominierte in diesem Zeitraum die politische Gewalt in der Region.⁶¹ Zweitens hält in den 1980er Jahren der Schmuggel mit Kokain Einzug in die Region. Dieses illegale Handelsprodukt löste zunehmend andere Finanzierungsquellen der illegalen bewaffneten Gruppen ab und finanziert bis in die Gegenwart nicht nur diese, sondern teilweise auch Funktionär_innen staatlicher Institutionen (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 118–19)⁶². Ein großer Teil der Gewalt im Urabá resultiert aus dem Kampf um die Kontrolle des Kokainhandels. Gleichzeitig vereint dieser Geschäftszweig ein gemeinsames Interesse der illegalen bewaffneten Gruppen, weshalb die Aufrechterhaltung der Produktion und des Handels von Kokain bisher der einzige Grund war, warum bspw. Guerillas und paramilitärische Gruppen friedliche Absprachen trafen.⁶³

61 So stieg bspw. die Mordrate im Landkreis Apartadó von 230 Morden pro 100.000 Einwohner im Jahr 1985 auf 520 Morde im Jahr 1986, 760 Morde im Jahr 1987 bis hin zu 870 Morden im Jahr 1988 (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 58 FN 75).

62 Ortiz Sarmiento berichtet bspw. von einigen Soldat_innen, die bereits in den 1970er Jahren anfangen, Marihuana in einer Zone anzupflanzen, die unter der Kontrolle der Guerilla stand. Diese lehnte den Drogenhandel zu diesem Zeitpunkt noch ab, weshalb sie die Pflanzungen der Soldat_innen zerstörte (Vgl. 2007, 35, FN 42). An anderer Stelle beschreibt Ortiz Sarmiento, wie Polizist_innen Bestechungsgelder von Kokapaste transportierenden Kleinbäuer_innen einfordern, auf eine Weise, die die Frage provoziert, ob es sich dabei noch um Bestechung oder schon um Schutzgelderpressung handelt (Vgl. 2007, 118).

63 Es ist nicht ungewöhnlich, dass paramilitärische Gruppen und die Guerilla unterschiedliche Schritte der Kokain-Produktion in einer Region kontrollieren. In der Region um San José de Apartadó wurde bspw. im Jahr 2015 der Koka-Anbau und die Kokain-Produktion von der FARC kontrolliert, der Transport aus der Zone und der Export ins Ausland allerdings von paramilitärischen Gruppen. Als Absprachen zwischen den beiden Gruppen nicht eingehalten wurden, warnte die FARC die Bewohner_innen der Region davor, dass es zu spontanen Gefechten kommen könnte.

Das kolumbianische Militär baute seine permanente Präsenz im Urabá seit den 1950er Jahren eher zögerlich aus. Nachdem 1950 eine Militärbasis in Mutatá, ganz im Süden Urabás, gegründet wurde, beschränkte sich das militärische Agieren in den 1960er und 1970er Jahren auf die Ernennung von Militärbürgermeistern und auf Besetzungen von Plantagen sowie sporadische Patrouillen in den ländlichen Zonen. Charakteristisch für das militärische Vorgehen bis Mitte der 1980er Jahre war, dass das Militär nicht permanent in der Region war und wenig Vertrauen seitens der Bevölkerung genoss, dass die Entscheidungen über die Strategien außerhalb des Urabás getroffen und gewaltsam gegenüber den Bewohner_innen der Region umgesetzt wurden und dass das Militär auch bei lokalen Konflikten wie bspw. hinsichtlich der Arbeitsbedingungen oder bei Landbesetzungen im Interesse der Unternehmer_innen oder im Interesse ihnen nahestehender Politiker_innen eingriff (Vgl. García 1996, 143–45; Uribe de H. 1992, 251–52). Erst Mitte der 1980er Jahre, fast 20 Jahre also nachdem sich die Guerillas in den ländlichen Zonen des Urabás etabliert hatten und nicht eher als in dem Moment, indem diese sich vornahmen, die Kontrolle über die Städte und die Bananenzone zu erobern, baute das Militär permanente Einrichtungen in der Region auf. Im Jahr 1986 wurde zunächst das Bataillon ‚Voltígeros‘ in Carepa installiert, ein Jahr später folgte die 11. Brigade in Montería (Córdoba) und erst im Jahr 1993 die 17. Brigade, ebenfalls mit Sitz in Carepa.

Auffällig ist, dass immer wenn die politische Gewalt im Urabá zunahm, die nationale Regierung die Region unter militärische Verwaltung stellte, indem sie die zivilen Posten der Administration militariserte, bspw. durch die Ernennung von Militärbürgermeistern im Jahr 1976 oder durch die Deklaration einer Militärdirektion für den Urabá im Jahr 1988. Diese ‚Jefatura Militar del Urabá Antioqueño‘ – eine Art Ausnahmezustand – bestand für zwei Jahre, in denen der Rechtsstaat nicht mehr nur faktisch, sondern auch formal außer Kraft gesetzt war (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 150–51), was ein Stadtrat von Apartadó mit den Worten kommentierte: ‚Umso mehr Krieg wir hier haben, umso mehr Krieg schicken sie uns‘ (Zitiert nach Ramírez Tobón 1997, 161, Übersetzung: P.N.). Gleichzeitig funktionierte der Justizapparat nur rudimentär, womit die Möglichkeit fehlte, die eskalierende Gewalt juristisch sanktionieren zu können (Vgl. Aramburo Siegert 2009, 95). Durch diese Maßnahmen erlangte das Militär keine territoriale Kontrolle über die Region. Dafür stieg die Anzahl der Fälle von willkürlichen Verhaftungen, illegalen Durchsuchungen, Verfolgung gewerkschaftlicher, kleinbäuerlicher und sozialer Aktivist_innen. Es kam des Weiteren zu einigen Fällen von Morden und erzwungenem Verschwindenlassen, insbesondere in den Vierteln und Dörfern, die sich politisch linken Bewegungen zugehörig fühlten, wie bspw. auch San José de Apartadó (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 148–49). Mit dem Eindringen paramilitärischer Gruppen Anfang der 1990er Jahre schien sich das Militär nicht nur endgültig aus ihrem offiziellen Kerngeschäft (Sicherung der öffentlichen Ordnung) zurückzuziehen, sondern es unterstützte die Paramilitärs bei ihrem Kampf um die territoriale Kontrolle der Region, was den Vertrauensverlust seitens der Bevölkerung in das Militär erheblich erhöhte (Vgl. CINEP 1995, 35–38; Ramírez Tobón 1997, 149–50, 154).

Die Ambitionen paramilitärischer Gruppen, die Region zu erobern, kündigten sich bereits im Jahr 1988 mit zwei Massakern an, bei denen 20 Bananenarbeiter_innen auf den Plantagen ‚Honduras‘ und ‚La Negra‘ von den ‚Autodefensas del Magdalena Medio‘

ermordet wurden. Schon bei diesem ersten Auftreten zeigten sich zwei Charakteristika, die das Agieren dieser paramilitärischen Gruppen bis in die Gegenwart begleiten soll: Erstens suchten sie nicht die direkte Auseinandersetzung mit den Guerillas, sondern verfolgten deren vermeintliche oder tatsächliche soziale Basis und zweitens arbeiteten sie bei den Massakern mit Soldat_innen und Unternehmer_innen zusammen (Vgl. Aramburo Siegert 2009, 109; CINEP 1995, 32; Ortiz Sarmiento 2007, 154–55). Ende der 1980er Jahre bauten die Gebrüder Fidel, Vicente und Carlos Castaño kleinere bewaffnete Gruppen im Urabá und in Córdoba auf, wie bspw. ‚Los Tangueros‘ und ‚Los Tanelas‘, die sich aus den Privatarmeen von Großgrundbesitzer_innen und Drogenhändler_innen rekrutierten. Die Bewaffnung von Zivilpersonen zum Zwecke der Verteidigung der Verfassung wurde zunächst 1965 mit dem Präsidialdekret 3398 und dann mit dem Gesetz 48 aus dem Jahr 1968 erlaubt (Vgl. Giraldo Moreno 2004; Ramírez Tobón 1997, 127). Diese ersten paramilitärischen Gruppen wurden in dem Friedensprozess unter der Regierung César Gaviria im Jahr 1991 offiziell demobilisiert, ihre Strukturen bestanden allerdings fort und operierten weiter. Im Jahr 1994 reaktivierte Carlos Castaño die Gruppe unter dem Namen ‚Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá‘ (ACCU) und nahm sich vor, den Urabá von Norden aus zu erobern und die Dominanz der Guerilla zu brechen (Vgl. Beltran 1996, 93–98). Ihr Ziel war es, nicht nur den Privatbesitz von Unternehmer_innen, Großgrundbesitzer_innen und Viehhalter_innen zu schützen, sondern die regionale Politik vom Einfluss linker Ideen, Parteien und Projekte zu ‚säubern‘ (Vgl. CINEP 1995, 32–33). Zwischen 1995 und 1997 wuchs die ACCU stark an, so dass sie auf einem nationalen Kongress der Autodefensas 1997 die Gründung eines Dachverbandes unter dem Namen ‚Autodefensas Unidas de Colombia‘ (AUC) vorschlug.

Unterstützt wurden die paramilitärischen Gruppen durch Großgrundbesitzer_innen, Viehhalter_innen und Plantagenbesitzer_innen, die insbesondere zum Ziel von Erpressung und Entführung durch die Guerilla geworden waren. So bezeichnete bspw. Rodrigo García, der Präsident der Vereinigung der Viehzüchter_innen, 1994 in einem öffentlichen Brief an den damaligen Innenminister Horacio Serpa die Paramilitärs als wahrliche Befreier der Region, womit er deren Vorgehen einen repräsentativen und politischen Charakter gab und dieses vor der nationalen Öffentlichkeit zu legitimieren versuchte (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 136–37). Aber nicht nur die Viehzüchter_innen unterstützten hier die Paramilitärs, auch die Bananenproduzent_innen und -exporteur_innen, u.a. *Chiquita Brands*, zahlten für jede exportierte Bananenkiste eine festgelegte Abgabe an die paramilitärischen Gruppen und stellten ihnen teilweise ihre Infrastruktur zur Verfügung. So wurden im Jahr 2001 in den Installationen des Bananenunternehmens *Banadex S.A.*, einer kolumbianischen Filiale von *Chiquita Brands*, 3.000 AK-47 Sturmgewehre und fünf Millionen Kartuschen Munition eingeschmuggelt, gelagert und von dort aus an verschiedene paramilitärische Einheiten von Carlos Castaño weitergegeben (Vgl. Anrup und Español 2011, 157). Dass zu diesem Zeitpunkt auch Politiker_innen der Region, darunter Vertraute des Ex-Präsidenten Uribe, eng mit den paramilitärischen Gruppen verbunden waren, ist seit dem Skandal der sogenannten ‚para-política‘⁶⁴ hinlänglich bekannt (Vgl. bspw. Cepeda und Rojas 2008; López

64 ‚Para-política‘ bezeichnet die Zusammenarbeit von Staatsbediensteten und paramilitärischen Gruppen. Im Jahr 2010 wurde gegen über 400 gewählte Politiker_innen, darunter 102 Abgeordnete

Hernández 2010). Darüber hinaus unterhielten die paramilitärischen Gruppen nicht nur sehr gute Kontakte zur regionalen Polizei, zum Inlandsgeheimdienst DAS⁶⁵ und zum Militär, darunter zu hochrangigen Befehlshabenden wie bspw. zu dem General der 17. Brigade Rito Alejo del Río⁶⁶, sondern auch zu den Strafverfolgungsbehörden, auf deren Ermittlungsverfahren sie massiv Einfluss nahmen (Vgl. CINEP 1995, 30–32). So wurden diejenigen, die die Verbindung von Politiker_innen und Militärangehörigen zu paramilitärischen Gruppen anzeigten, wegen Verleumdung juristisch verfolgt (Vgl. bspw. Cepeda und Rojas 2008, 66), während die Ermittlungen gegen die angezeigten Politiker_innen zunächst beeinflusst – teilweise bedrohten Paramilitärs die Beamten_innen der Ermittlungsbehörden – und später eingestellt wurden (Vgl. bspw. Cepeda und Rojas 2008, 92–93). Nach einer Umstrukturierung der AUC im Jahr 2002 operierten im Urabá die paramilitärischen Verbände ‚Bloque Bananero‘, ‚Bloque Héroes de Tolová‘ und ‚Bloque Elmar Cardénas‘, die im Zuge des Demobilisierungsprozesses unter Präsident Álvaro Uribe Vélez bis zum Jahr 2006 ihre Waffen abgaben. Doch auch nach dieser Demobilisierung waren und sind paramilitärische Strukturen im Urabá aktiv. Seit 2008 agieren sie unter dem Namen ‚Autodefensas Gaitanistas de Colombia‘⁶⁷ (AGC), deren circa 7.000 Kämpfer_innen unter dem Kommando von Dario Usuga (alias Otoniel) stehen, einem ehemaligen EPL-Guerillero, der sich nach der problematischen Demobilisierung der EPL Anfang der 1990er Jahren den Paramilitärs anschloss (Vgl. Alsema 2018).

Die zweite Zäsur des bewaffneten Konflikts im Urabá stellt die Offensive der Paramilitärs im Jahr 1995 dar, in Folge derer sich die politische Gewalt im Urabá zu einem regelrechten Bürgerkrieg entwickelte, den die bewaffnete Gruppe für sich entscheiden sollte, die kompromiss- und rücksichtsloser agierte (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 142–43). Die ACCU begann, ausgestattet mit Todeslisten, systematisch die Region von vermeintlichen oder tatsächlichen Unterstützer_innen der Guerilla zu ‚säubern‘, wobei sie sich insbesondere auf die Viertel und Dörfer konzentrierte, die der *Unión Patriótica* nahestanden wie bspw. San José de Apartadó (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 158–59).

des nationalen Kongresses sowie Abgeordnete regionaler Parlamente, Stadträte und Bürgermeister_innen, über 100 nicht-gewählte Staatsbedienstete sowie über 300 Angehörige der Öffentlichen Streitkräfte Ermittlungen wegen Verbindungen mit paramilitärischen Gruppen eröffnet (Vgl. López Hernández 2010, 29–31).

- 65 Das ‚Departamento Administrativo de Seguridad‘ war von 1960 an der Inlandsgeheimdienst Kolumbiens bis er im Jahr 2011 genau wegen seinen engen Verflechtung mit paramilitärischen Gruppen aufgelöst wurde.
- 66 Der mit dem Beinamen ‚Pacificador del Urabá‘ ausgestattete Rito Alejo del Río war von 1995 bis 1997 befehlshabender General der 17. Brigade, einem Zeitraum, in dem diese der Zusammenarbeit mit und der Unterstützung der paramilitärischen Gruppen beschuldigt wurde. Rito Alejo del Río wurde 2009 wegen des Mordes an dem Bauern Marino López zu 25 Jahren Haft verurteilt, kam allerdings im August 2017 frei, nachdem er sich der im Friedensvertrag mit der FARC 2016 ausgehandelten Übergangsjustiz angeschlossen hatte (Vgl. El Espectador 2017d).
- 67 Womit, wie auch Aparicio (2012, 146 FN 2) anmerkt, die Namensgebung der paramilitärischen Gruppen eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht hat. Wurden diese zunächst nach den Orten ihrer Gründung bzw. Aktionsräume (Magdalena Medio, Córdoba und Urabá, Tolová) und dann nach gefallen Kämpfer_innen aus ihren Reihen (Elmar Cardénas) benannt, sind aktuell politische Persönlichkeiten die Namenspatron_innen, auch wenn diese eher dem linken politischen Spektrum zugeschrieben werden, wie im Falle Jorge Eliécer Gaitáns.

Diese ‚Säuberungen‘ trafen aber nicht nur die Mitglieder der *Unión Patriótica* und die der Gewerkschaften, sondern auch soziale, kleinbäuerliche, indigene oder afrokolumbianische Aktivist_innen. Ob städtische oder ländliche Bewohner_innen, alle standen im Verdacht, mit der Guerilla zu kollaborieren, von Transporteur_innen und Ladenbesitzer_innen über Ärzt_innen und Krankenschwestern bis hin zu Lehrer_innen und Bäuer_innen; alle wurden bezichtigt die Guerilla mit Logistik, Nahrungsmitteln, Medikamenten und Informationen zu unterstützen (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 147–49). Laut Omar Hernandez, Mitarbeiter einer Kommission zur Verifizierung bewaffneter Akteure im Urabá des Jahres 1995, kamen Anfang der 1990er Jahre auf jeden Kombattanten, der in den Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Paramilitärs getötet worden war, 20 tote Zivilpersonen (Vgl. Beltran 1996, 80; für Informationen zu dieser Kommission siehe CINEP 1995). Dabei agierten sie möglichst demonstrativ, indem sie ihre Opfer häufig in Gruppen und in der Gegenwart ihrer Familien oder Nachbar_innen ermordeten und die verstümmelten Körper für die Öffentlichkeit sichtbar liegen ließen (Vgl. Beltran 1996, 92–93). Die Offensive der ACCU löste eine perverse Logik von Massakern und Gegenmassakern an den Bewohner_innen Urabás aus, die allein in der zweiten Jahreshälfte von 1995 eine Bilanz von sechs Massakern mit 86 Opfern aufwiesen sowie 952 Tote in Fällen, bei denen weniger als fünf Personen zum selben Zeitpunkt umgebracht wurden (Vgl. Ramírez Tobón 1997, 139–42).⁶⁸ Bis zum Jahr 1997 schaffte es die ACCU, durch die Angriffe auf die Bevölkerung in von der Guerilla kontrollierten Territorien, massive Vertreibungen auszulösen und die FARC aus der Bananenzone zurück in abgelegene ländliche Gebiete zu drängen (Vgl. Aramburo Siegert 2009, 108–9). Allein für den Zeitraum zwischen 1989 und 1996 zählte das ‚Centro Nacional de Memoria Histórica‘ (CNMH) 167.178 Vertriebene in der Region Urabá (Vgl. 2015a, 167). Dass überwiegend Kleinbäuer_innen zum Ziel dieser Vertreibungen wurden, spiegelt sich auch in den Angaben über die Veränderung der Größe unterschiedlich genutzter Landwirtschaftsflächen im Urabá wieder. Zwischen den Jahren 1992 und 1997 reduzierte sich die Größe der kleinbäuerlich genutzten Fläche von 132.000 ha auf 81.000 ha, während die für Viehwirtschaft genutzte Fläche relativ konstant bei 320.000 ha lag (Vgl. García und Aramburo Siegert 2011, 382–84). Anfang des Jahres 1998 versuchte die FARC einige dieser Territorien wieder zurückzuerobern, was ebenfalls massive Vertreibungen verursachte und Gegenmassaker durch die ACCU provozierte.⁶⁹ Bis zur ihrer sogenannten Demobilisierung vermieden die paramilitärischen Gruppen die direkte Konfrontation

68 Die folgende Sequenz illustriert diese Logik von Massakern und Gegenmassakern: Am 12. August 1995 wurden 18 Personen in einer Diskothek Chigorodós von Paramilitärs ermordet. Am 20. August 1995 ermordete die FARC 11 Personen in Apartadó und am 21. August 1995 19 Personen in Carepa. Anfang September 1995 bringen Paramilitärs sechs Mitglieder der *Unión Patriótica* in Turbo um. Am 20. September 1995 überfällt die FARC einen Bus mit Bananenarbeiter_innen, die der EPL nahestanden, und bringt 25 von ihnen um (Vgl. Beltran 1996, 11–12; Ramírez Tobón 1997, 140–42).

69 Ortiz Sarmiento führt als Beispiel die Invasion der FARC in Tierralta an, auf Grund der 7.500 Bewohner_innen die Region verließen und bei der die ACCU eines ihrer Hauptlager namens Tolová verlor. Als Antwort darauf beging die ACCU Anfang 1999 ein Massaker mit 13 Toten in Saiza und eins mit 15 Toten in San José de Apartadó (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 161–62).

mit der FARC,⁷⁰ waren jedoch so ‚erfolgreich‘ mit der Ermordung, Vertreibung und dem Verschwindenlassen der Bevölkerung, dass sie die urbanen Zentren, inklusive der öffentlichen Administrationen, und die Bananenzzone, inklusive deren Industrie und Gewerkschaften, kontrollierten sowie in den ländlichen Zonen der FARC die Kontrolle streitig machten (Vgl. Aramburo Siegert 2009, 112; CINEP 1995, 32; Ortiz Sarmiento 2007, 163–65).

Vom ersten Auftauchen paramilitärischer Gruppen Ende der 1980er Jahre bis zu ihrer partiellen Demobilisierung 2006 wurden im Urabá Verbrechen an der Bevölkerung begangen, die auf Grund ihrer Dramatik als Sinnbilder der terroristischen Gewalt aller bewaffneten Gruppen in das kollektive Gedächtnis der kolumbianischen Bevölkerung eingegangen sind. Zentrale Motive des kollektiven kolumbianischen Gewaltgedächtnisses, wie die mit Köpfen fußballspielenden Paramilitärs oder die Kirchen bombardierenden Guerillas, sind Verbrechen entlehnt, die im Urabá geschehen sind. Hierzu zählt der Mord an Marino López am 24. Februar 1997, der während der gemeinsam von der 17. Brigade und dem ‚Bloque Bananero‘ durchgeführten Militäroperation ‚Génesis‘ mit einer Machete geköpft wurde und mit dessen Kopf die beteiligten Truppen vor den Augen der versammelten Bewohner_innen des Dorfes Cacarica Fußball spielten (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 160–61; Semana 2008c). Hierzu zählt auch das Massaker von Bojayá am 2. Mai 2002: Nachdem die Kontrolle über den Ort zwischen 1997 und 2002 viermal zwischen FARC und Paramilitärs gewechselt hatte, schoss die FARC bei dem Versuch, das Dorf wieder zu erobern, mehrere Gaszylinder auf Stellungen der Paramilitärs, wobei sie mit einem Geschoss die Kirche traf, in der mehrere hundert Bewohner_innen Schutz gesucht hatten und von denen etwa 120 getötet wurden (Vgl. Ortiz Sarmiento 2007, 165; Semana 2014).

Mit den hier rekonstruierten 500 Jahren Geschichte der Region Urabá ist der historische und regionale Kontext umrissen, in dem sich ab den 1950er und 1960er Jahren das Dorf San José de Apartadó entwickeln sollte, dessen Lokalgeschichte Gegenstand des folgenden Abschnittes ist.

2.3. Die Vorläufer: Besiedlung, Entwicklung und Konflikt in San José de Apartadó

In dieser Zone Urabás haben die Spanier zum ersten Mal lateinamerikanisches Festland betreten. Hier wurden die Praktiken der Unterdrückung und Kolonisation entwickelt, die die Paramilitärs heute perfektionieren.

(J.E., 08.08.2015, San José de Apartadó)

Die Geschichte der Gründung und Entwicklung des Dorfes San José de Apartadó beinhaltet einige der für den Urabá im vorangegangenen Abschnitt herausgearbeiteten charakteristischen Aspekte. Ich werde mich in der folgenden Darstellung auf die unterschiedlichen Formen der bäuerlichen Organisation und ihre Entwicklungen sowie

70 Bis 1995 kam es, laut Beltrán, zu nur einem einzigen Gefecht zwischen der FARC und der ACCU (Vgl. Beltrán 1996, 102–3).